

Er scheint täglich außer Montags, Abonnementspreis pro Annum: 1.00 Mark, monatlich 8 Pf., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags-Nummern mit Illustration 10 Pf., Post-Abonnement: 3.50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitschrift oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Zersprecher: Rml 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 13. August 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Ausführung kantonalen Arbeiterschutzes in der Schweiz.

Ein Schweizer Fachmann schreibt uns:

Das Ausland verfolgt die Entwicklung unserer kantonalen Arbeiterschutzes mit wachsendem Interesse. Die ausländische Presse registriert mit geradezu verblüffender Gewissenhaftigkeit jede Anregung auf diesem Gebiete und begleitet so ein Arbeiterschutzes mit rührender Anhänglichkeit von der Wiege bis zur erlangten Selbstständigkeit. Doch dann scheint das Interesse zu erlahmen. Hat ein Entwurf einmal Gesetzeskraft erlangt, so bekümmert sich so zu sagen kein Mensch mehr um sein Schicksal. In trauriger Gesinnungsverwandtschaft schweigt sich die in- und ausländische Presse aus über die Ausführung dieser Gesetze. Erst wenn sich demselben ein jüngerer Bruder beizugesellen beginnt, erinnert man sich ihrer wieder und gedenkt ehrend ihres so und so vieljährigen Bestandes. Deshalb dürfte es nicht uninteressant sein, einmal der Ausführung dieser kantonalen Arbeiterschutzes etwas nachzugehen.

Beginnen wir den enttäuschungsreichen Gang mit dem Kanton Glarus, dessen Arbeiterschutzes zu den besten Leistungen auf diesem Gebiete zählt. Doch so vorzüglich das Gesetz — so elend die Ausführung. Die Amtsberichte des Regierungsrates an den Landrath über die Jahre 1892—93 beschränken sich auf etliche recht knappe Bemerkungen über diesen Gegenstand. Sie trösten sich über das Schicksal des kantonalen Arbeiterschutzes mit der recht allgemeinen Redensart hinweg, „daß sich die Wirkungen des neuen Gesetzes geltend machen durch Aufsicht der Polizei-Organe und Beachtung der Vorschriften durch die Gewerbe-Inhaber“. Diese Gesetzeskreuz der glarnerischen Unternehmer muß jedem auffallen. Es ist kaum glaublich, daß sich dieses Gesetz so rasch und widerstandslos einlebte. Die glarnerische Unternehmerschaft mußte aus ganz besonderem Zeug geknetet sein, wenn so ein einschneidendes Arbeiterschutzes die vollziehende Behörde bloß zur Fällung einer Buße von 10 Franken und zur Forderung von Schutzvorrichtungen in zwei Geschäften innerhalb der drei ersten Jahre veranlassen mußte. Und doch würde man vergeblich noch anderweitigen Anhaltspunkten über die Ausführung dieses Gesetzes suchen; denn dasselbe steht leider nur auf dem Papier und besüßten Kenner der Verhältnisse, daß es auch da stehen bleibe. Das Publikum hat kaum eine Ahnung von seiner Existenz. Man sieht den Sticker mit der fremden Fädelin bis Mitternacht fäden, trotzdem die läbliche Polizei am Arbeitslokal vorbeimarschirt. Der Schreinergeresse hämmert bis in alle Nacht hinein. Kein Mensch hat eine Ahnung, daß ein Gesetz dies verbietet. Man hat zu viel auf einmal gewollt und muß nun gestehen, daß man nichts erreicht hat.

Etwas besser scheinen sich die Verhältnisse im Kanton Zürich gestalten zu wollen. Wenigstens fehlt's hier nicht am guten

Willen, das seit circa 1 1/2 Jahren zu kraft bestehende Arbeiterinnen-Schutzgesetz durchzuführen. Allein der sogenannte kantonale Fabrikinspektor und sein Ranglist sind viel zu sehr mit Arbeit überladen, als daß man billigerweise von ihnen auch noch auf dem Gebiete des kantonalen Arbeiterschutzes Ersprießliches erwarten und verlangen dürfte. Die Klagen des eidgenössischen Fabrikinspektors über diese Arbeitsüberlastung des Zürcherischen Bureaus für Fabrik- und Gastpflichtwesen sagen eigentlich mehr als genug. Unterstellungsanträge, Fabrikordnungen, bleiben ein, ja zwei Jahre unerledigt; liegende Baupläne veranlaßten Reklamationen bei mir; Amtsbefehle, die ich zur Befreiung von Gefahren erließen, unterblieben, ebenso die gewünschte Nachschau, ob Schutzvorrichtungen angebracht, Postulate erfüllt seien.“ Wie es unter diesen Umständen mit der Ausführung des Zürcherischen Arbeiterinnen-Schutzgesetzes ausfallen mag, braucht nicht weiter geschildert zu werden. Im Gegentheil scheint es ganz begreiflich, daß z. B. in der Stadt Zürich vor der Nase des Fabrikinspektors krasse Uebertretungen des erwähnten Gesetzes an der Tagesordnung sein konnten. Offensichtlich bringt die in Aussicht genommene Vermehrung des Aufsichtspersonals die ersehnte Besserung. Immerhin darf nicht vergessen werden, daß bei gutem Willen selbst im ersten Jahre eines Arbeiterschutzes ganz anerkannterthe Leistungen ohne allzu weitläufigem Beanstandungsapparat zu erzielen sind.

Den Beweis hierfür leistet der Kanton St. Gallen, welcher in langsamem, aber zielbewußtem Tempo sein Arbeiterschutzes zur Durchführung bringt. Die Zahl der dem Gesetz zu unterstellenden Geschäfte und Etablissements wird immer genauer zu ermitteln gesucht. Schon das ist ein ziemlich schwieriges, zeitraubendes Geschäft; denn freiwillige Anmeldungen geben beinahe keine ein, ebenso wenig Anzeigen von Uebertretungen der Geschäftslokale und ähnliches, die öfters den Tagesblättern entnommen werden müssen. Auf dem Lande scheint die Angst vor Unterstellung unter dieses Gesetz besonders stark ausgeprägt zu sein. Sind ja heute noch die Mehrzahl arbeiterschutzespflichtiger Geschäfte auf dem Lande der Kontrolle auf diesem und jenem Wege entgangen. Eneergische, den ganzen Kanton umfassende Kontrolle und Schaffung einer eigenen mit den örtlichen und geschäftlichen Verhältnissen wohl vertrauten und unterrichteten Kontroll- und Aufsichtsstelle soll diesem Mangel abhelfen und eine möglichst gleichmäßige Ausführung des Arbeiterschutzes erzielen.

Im Jahre 1893 umfaßte dieses Gesetz 670 Geschäfte und Etablissements mit 9452 Arbeiterinnen. Im folgenden Jahre erstreckte es sich auf 455 Geschäfte mit 8800 Arbeiterinnen, während 1895 die Zahl der dem Arbeiterschutzesgesetz unterstellten Geschäfte sich auf 466 belief. Selbstverständlich wird die Zunahme der Geschäfte neben strengerer Kontrolle auch durch die Aufschwüfung St. Gallischer Hauptindustrie bedingt. Die etwas geringe Zahl der unter das Gesetz fallenden Geschäfte erklärt sich dadurch, daß Ladengeschäfte und Wirtschaften nicht auf die Kontrollliste genommen wurden, weil man sich im ersten Jahr darauf beschränken wollte, Inhabern von Wirtschaften,

Gasthöfen und Ladengeschäften die bezüglich Gesetzbestimmungen in einem besonderen Kreisreiben ans Herz zu legen. Auch heute scheint man in diesem Punkte nicht viel weiter gekommen zu sein. Wenigstens wird auch im letzten Monatsbericht wieder geklagt über die Schwierigkeit der Kontrolle über die sog. Bureau-Angestellten und die Arbeiterinnen in Hotels und Wirtschaften. Die Stellnerinnen zc. pflegen den Erkundigungen der Aufsichtsorgane zudem noch ausweichende Antworten zu geben in der Befürchtung, bei Bekanntgabe der Thatsachen ihre Stellung zu verlieren.

Die Normalarbeitszeit scheint überhaupt auf allen Punkten sehr stark empfunden und schwer verdaulich zu werden. Umsonst war das Aufstellen bestimmter Normen für Ueberzeitbewilligungen. Die Unternehmer ließen sich in ihrem Streben nach möglicher Ausbeutung nicht hindern. So mußten 1894 an 79 Geschäfte 5165 Stunden Ueberzeit bewilligt werden, während im Jahre 1895 300 Ueberzeitbewilligungen an 295 Geschäfte mit 6227 Arbeiterinnen erteilt wurden. Rechnet man zu diesen Bewilligungen die abgewiesenen Gesuche, so kann man sich ungefähr einen Begriff machen von der Nothwendigkeit der betreffenden Gesetzbestimmung und der Häufigkeit ihrer Uebertretung, wenn sich auch die Uebertreter nur selten erwischen lassen. Zunächst nahm man die Säuber wider dieses Gesetzes gar glimpflich in die Hand und ließ es im ersten Jahr bei Verwarnungen bewenden. Doch bald mußte man stärkere Saiten aufziehen. Im Jahre 1894 wurden 5 Firmen mit zusammen 75 Franken wegen Nacharbeit ohne Ueberzeitbewilligung bestraft, während 2 Firmen mit je 10 Franken, ein Hotelier mit 5 Franken an die Existenz des St. Gallischen Arbeiterschutzes erinnert werden mußten. 1895 wurden 115 Franken Buße nebst 48,9 Franken Kosten wegen Uebertretungen des Arbeiterschutzes auferlegt. Selbstverständlich sind diese lächerlich geringen Bußen auch nicht dazu geeignet, einer raschen und allseitigen Einbürgerung dieses Gesetzes Bahn zu brechen. Die in den örtlichen Verhältnissen begründete Ungleichheit in der Gesetzesanwendung wird durch die Laxheit der Gerichte in dieser Beziehung noch verstärkt, indem den unteren Behörden Lust und Antrieb zu energischer Gesetzesausführung gerahmt und der Gesetzesübertretung gewissermaßen von oben Thür und Thor geöffnet wird.

Aus diesem Grunde konnten wir uns von der Gesetzesfabrikation auf diesem Gebiete nie viel versprechen. Der kantonale Arbeiterschutzes weist deshalb auch noch keine wesentlichen sozialpolitischen Wirkungen auf und werden schon die nächsten Jahre deutlich zeigen, ob überhaupt solche erwartet werden dürfen.

Das Beste wäre ein weiterer Ausbau der eidgenössischen Fabrikgesetzgebung zu einer allgemeinen Arbeiterschutzes-Gesetzgebung mit entsprechender Vermehrung des Aufsichtspersonals. Sollte dies an dem Widerstande der manchesterlichen, jeder Sozialpolitik feindlichen Elemente, die besonders in der französischen Schweiz sehr gut organisiert sind, vorerst auf zu große Schwierigkeiten stoßen, dann hätten die deutschen Kan-

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen. Roman von Edward Lytton Bulwer. Sechstes Kapitel. Rienzi wird Roms Oberhaupt.

Um Mitternacht, als die Stadt in tiefer Ruhe begraben lag, waren die Fenster der Kirche von St. Angelo noch erleuchtet. Die langen und feierlichen Töne heiliger Musik drangen, widerhallend in den hohen Gewölben, durch die Luft. Rienzi betete in der Kirche; dreißig Messen wurden bis zum Morgen gelesen und die Heiligkeit der Religion wurde für die Befreiung Roms angerufen. Die Sonne war längst aufgegangen, und die Menge hatte sich vor der Kirche versammelt, aus allen Straßen hinströmend, als das Geläute der Glocken ertönte; und nachdem es aufgehört, sangen die Chorkisten in der Kirche folgende Hymne, in welcher der Geist des klassischen Patriotismus auf eigene Weise mit der Innigkeit religiöser Andacht vereinigt war:

Die römische Freiheitshymne.
Berge, laßt es rings ertönen,
Auf dem Siebenhügelthron
Wird sich Rom auf's neue krönen,
Jubelt laut!
Singet laut, o Thal und Balle,
Dauert hervor, ihr alten Heiden,
Aus des Grabes enger Felle!
Jubelt laut!
Bleich' Gespenst, wer bist Du? — Seht!
Aus vergang'nen dunklen Zeiten
Scheint es gleich dem Wind zu schreiten,
Der am Himmel plötzlich weht.
Als riesiger Schatten stellt es sich dar,
Umgeben von einer bewaffneten Schaar!
Das Leichenhemd schaurig die Glieder deckt,
Sein Antlitz der Sonne Strahlen schreckt!
Die Welt sich voll Zittern und Bangen erweist,
Gegrüßt sei der großen Vergangenheit Geist!
Grüß; ja Grüß!
Wie wir sprechen und grüßen — der Alchem haucht,
Aus den Knospen am Kranz der Lorbeer taucht,
Wie die Sonne aus Nacht des Morgenroth malt,
Wird dunkel das Licht in der Schatten Gestalt.
Grüß! ja Grüß!

Der Vergangenheit großer Geist
Rehrt in die Herzen von Rom zurück;
Die heidnischen Furen trifft sein Bild,
Da er sich wieder als Herrscher weilt!

O, Roma, laß es ringsum jetzt ertönen,
Wid' sich die Welt in Freude neu verschönen!
Wo immer nur der freche Stolz gesiegt
Und Recht dem Unrecht gramam unterliegt,
Wo nie erstiehet der Sonne Pracht,
Wo der Schuldlose weint in Kerker's Nacht,
Dorthin dringe Deine Stimme laut,
Ihr Wölfer alle kommt und schaut!
Auf den Hügel, wo die Herren gelebt,
In den Tempeln, wo das Blut der Heiligen klebt,
Im Gefängnis der Märtyrer, im Kaiser'saal
Erweck die Schläfer der Freiheit's Schall;
Der Bandal und Gothe herrscht nimmermehr,
Der Mäurer ist wieder der Erde Herr!

Als die Hymne beendigt war, wurden die Thüren der Kirche geöffnet: die Menge machte zu beiden Seiten Platz, und Rienzi, in voller Rüstung, nur ohne Helm, trat hervor. Vor ihm gingen drei junge Patrizier, Fahnen mit allegorischen Gemälden tragend, welche den Triumph der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Einigkeit darstellten. Rienzi's Antlitz war bleich durch Nachtwachen und innere Aufregung, aber seine Züge hatten einen ernsten, strengen und feierlichen Charakter, und ihr Ausdruck wies jede geräuschvolle Aeußerung der Gefühle so sehr zurück, daß die, welche ihn sahen, dem Ruse, der auf ihren Lippen schwebte, nicht gestatteten, sich Lust zu machen, und das Geschrei der hinter ihnen sich jubelnden Menge zu beschwichtigen suchten. Neben Rienzi ging Naimund, der Bischof von Orvieto, und hinter ihnen folgten, zu zweien marschierend, hundert bewaffnete Männer. Die Prozession setzte in vollkommenem Stillschweigen ihren Weg fort, bis, als sie sich dem Kapitol näherte, tausende von Stimmen mit Beifallruf und Jubel die Luft erfüllten. Die Prozession hielt an, als sie an den Fuß der großen Treppe angekommen war, welche damals den Hauptausgang zu dem Kapitol bildete, und als die Menge den weiten Platz unten erfüllte, der durch manche majestätische Säulen der alten Tempel geziert und gefeilt war, redete Rienzi die Masse an, welche er so plötzlich zu einem freien Volke erhoben hatte.

Er malte mit lebhaften Farben das Glend und die Dienfbarkeit des Volkes, die gänzliche Gesetzlosigkeit und selbst den Mangel der gewöhnlichen Sicherheit des Lebens und des Eigentums. Er erklärte, daß er, den Gefahren trotzend, denen er sich ansiehe, sein Leben der Regenera-tion ihres gemeinschaftlichen Vaterlandes widme; und er forderte das Volk feierlich auf, die Unternehmung zu unterstützen und die Revolution durch ein neues Gesetzbuch und eine konstitutionelle Versammlung zu befestigen und zugleich zu rechtfertigen. Darauf ließ er durch einen Herold der Menge den Entwurf einer Konstitution, wie er ihn vorschlug, vorlesen.

Diese Charta begründete oder erneuerte vielmehr mit vermehrten Privilegien und Rechten eine repräsentative Rathsverammlung. Sie verkündete als ihr erstes Gesetz ein solches, das unseren Zeiten sehr einfach erscheint, bis dahin aber in Rom nie vollzogen worden war: Jeder absichtliche Todschlag wurde, ohne Ansehen und Rang des Thäters, mit dem Tode bestraft. Sie bestimmte, daß kein einzelner Patrizier oder Bürger Befestigungen oder Garnisonen in der Stadt oder in der Gegend unterhalten dürfe; daß die öffentlichen Straßen und Brücken unter der Aufsicht der erwählten Obrigkeit stehen sollten. Sie untersagte bei tausend Mark Silber Buße die Beherbergung von Söldnern, Mördern und Räubern, und machte die Barone, welche die benachbarten Ländereien inne hatten, für die Sicherheit der Wege und den ungehinderten Transport der Kaufmannsgüter verantwortlich. Sie stellte die Wittwen und Waisen unter den Schutz des Staates. In jedem Quartiere der Stadt sollte eine bewaffnete Miliz organisiert werden, welche, sobald die Glocke auf dem Kapitol ertönte, sich für den Schutz des Staates versammeln mußte. Auch in jedem Hafen der Küste sollte ein Schiff zum Schutze des Handels aufgestellt werden. Den Erben jedes in der Vertheidigung Roms Gebliebenen wurden hundert Florenen und die öffentlichen Einkünfte wurden für den Schutz und für den Dienst des Staates bestimmt.

So gemäßig und zweckmäßig zugleich war der Entwurf der neuen Konstitution; und es wird den Leser bestreunden, wie verwirrt der Zustand der Stadt war, da die gewöhnlichsten und einfachsten Bedingungen der Zivilisation und Sicherheit einen Volksaufstand veranlassen konnten. (Fortsetzung folgt.)

tone, die durch ihre Beschäftigung die Nothwendigkeit einer Ausdehnung des Arbeiterrechtes anerkannt haben, dafür Sorge zu tragen, daß dem Gesetz Nachachtung verschafft würde; hierzu ist erste Vorbedingung die Ernennung einer genügenden Zahl geübter Inspektoren und Inspektorstellen für die den kantonalen Arbeiterbeschäftigten unterworfenen Betriebe. Partikularrechtliche Arbeiterbeschäftigungen, dies beweisen ja die Erfahrungen der deutschen Bundesstaaten vor Schaffung des Reiches und gegenwärtig noch die partikularrechtliche deutsche Bergarbeiterbeschäftigung, sind niemals von der Wirkung und der Bedeutung für die Arbeiterklasse, wie die Beschäftigung des Gesamtreiches.

Politische Uebersicht.

Berlin, 12. August.

Zur Weltlage schreibt man uns: Die absolute Regierungsmäßigkeit der von Kapitalismus-Gnaden herrschenden Klassen und Parteien tritt naturgemäß mit jedem Tag der kapitalistischen Weiterentwicklung deutlicher und handgreiflicher zu tage. Und zwar nicht bloß auf dem ökonomischen Gebiete, sondern auch auf dem Felde der auswärtigen Politik, das bisher als eine unantastbare Domäne der „oberen Zehntausend“ galt. Noch in den 50er Jahren — zur Zeit des Krimkrieges — war es möglich, ein „europäisches Konzert“ gegen das barbarische und halbasiatische Rußland zu stande zu bringen. England und Frankreich vergaßen die 25jährigen Kämpfe der Revolution — und Kaiserzeit und reichten einander die Hand, — während Oesterreich, Preußen und das werdende Italien die beiden Westmächte moralisch, letzteres sogar mit einiger Truppenmacht unterstützten. Das „europäische Konzert“ von damals erreichte seinen Zweck: Rußland wurde empfindlich gezüchtigt und wirklich unschädlich gemacht — so lange das „europäische Konzert“ dauerte. Durch die abwechselnd auf Frankreich und Rußland sich stützende großpreussisch-junkertliche Politik Bismarck's wurde das „europäische Konzert“ gestört und schließlich vernichtet. Der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland mit der Annexion von Elsaß-Lothringen machte eine Wiederannäherung beider Länder für lange Zeit unmöglich und warf Frankreich in die Arme Rußlands, das es 15 Jahre vorher so tapfer bekämpft hatte.

Raum war der Frankfurter Friede geschlossen und die Losrennung Elsaß-Lothringens von Frankreich vertragsmäßig besiegelt, so erklärte Rußland alle früheren Verträge, die seine Eroberungspolitik hemmten, namentlich den Pariser Vertrag, die Frucht des Krimkriegs, für null und nichtig; und bereitete sofort einen neuen Türkenkrieg. Dieser neue Krieg, zu dem Bismarck allen erdenklichen Vorschub leistete, fiel für Rußland aber nicht sehr glücklich aus, einmal weil Frankreich sich noch nicht vollständig erholt hatte und nicht viel Gewicht für Rußland in die Waagschale zu werfen hatte, — und ferner, weil England unter Leitung des genialen Beaconsfield bereit war, den Weltkrieg zu beginnen, falls Rußland nicht nachgab.

Seit jener Zeit — es sind inzwischen 18 Jahre verfloßen — haben die Verhältnisse sich nun wesentlich zu gunsten Rußlands verändert. Frankreich hat seine Kriegsorganisation vollendet und im Weltkrieg um die Freundschaft Rußlands hat es dem Deutschen Reich den Rang abgelaufen. Die Mächte, welche vor 40 Jahren das „europäische Konzert“ bildeten, sind jetzt zum theil einander feindlich gesinnt, zum theil einander entfremdet oder von einander entfernt. Frankreich ist Deutschland antagonistisch, von Oesterreich, mit dem es bis zu einem gewissen Grade Interessengemeinschaft hat, durch den Dreibund, von England, an dessen Seite es im Krimkrieg kämpfte, durch das Verhältnis zu Rußland getrennt.

Aus dieser verzwickten Lage erklärt sich das sonst unerklärliche Zaudern Englands. Lord Salisbury — so sprach sich einer der namhaftesten Politiker Englands gegen uns aus — ist entschlossen, den unvermeidlichen Strauß um die Welt Herrschaft mit Rußland anzusehen. Aber er kann dies nicht thun, mit Frankreich auf Seiten Rußlands und mit einem Deutschland, das, trotz des Gegenfahrs zu Frankreich, sich mehr und mehr Rußland zu nähern sucht. Die englische Regierung wirbt um die Freundschaft Frankreichs, das in England bei allen Bevölkerungsklassen außerordentlich populär ist.

Lehteres ist richtig, allein ob Lord Salisbury der Mann ist, in der jetzigen, heillos verwickelten Lage der Dinge das alte Bündniß der Westmächte wieder herzustellen, das dürfte doch sehr zweifelhaft sein.

So viel steht fest, die englische Politik — die einzige, die hauptsächlich der russischen die Stange hält — hat seit vorigem Jahr, d. h. seit dem Wiederauftauchen der orientalischen Frage nur Mißerfolge zu verzeichnen; und wir sind überzeugt, daß dies sich nicht ändern wird, so lange die Wetterwolke der russisch-französischen Allianz über Europa hängt.

Diese Wetterwolke wird erst verschwinden können, wenn in Frankreich die, ihrem Wesen nach chauvinistischen bürgerlichen Parteien abgewirtschaftet haben und dem internationalen Proletariat die Fäden der Gewalt überlassen müssen.

Wir sehen keinen anderen Weg zum Frieden.

Das Arbeiterparlament, welches in London versammelt war, würde — hätte es die Macht — ohne irgend welche Schwierigkeiten, mit nicht mehr Mühe, als die gefassten Beschlüsse kosteten, alle Streitfragen, an denen die europäische Diplomatie sich die stumpf gewordenen Zähne ausbeißt, friedlich und spielend aus der Welt geschafft haben.

Leider sind wir noch nicht so weit. Und das Zwischenreich des faulenden Kapitalismus, der, wenn auch nicht mehr stark genug, selber zu schaffen, doch vorläufig stark genug ist, die schöpferische Arbeit des Proletariats zu verhindern, kann vielleicht noch die Furien des Weltkrieges entfesseln, ehe es dem internationalen Proletariat gelungen ist, den Giftbaum des Kapitalismus zu fällen und die Quelle der Kriege zu verstopfen.

Möge der baldige Sieg des Sozialismus das Unheil des drohenden Weltkrieges von uns abwenden!

Zur sogenannten Deportationsfrage. Wohl vorwiegend unter dem Einflusse der Herrschaft der sauren Gurke ist in den Spalten der Zeitungen verschiedenster Richtung wieder einmal die sogenannte Deportationsfrage in Fluß gerathen. So wurde unter anderem auch vor einigen Tagen der Leiter der Kolonial-Anstalt, Graf Schwerin, in dieser gewiß äußerst wichtigen und brennenden Fragen interviert. Verständiger-

weise hat sich derselbe ebenfalls entschieden gegen eine Deportation von Strafgefangenen ausgesprochen. Bezüglich der deutsch-afrikanischen Verhältnisse äherte sich der genannte Herr dahin, daß überhaupt nur Südwestafrika bezüglich der Deportation in Betracht kommen könne. In die Tropenkolonien einen Menschen für längere Zeit verbannen, hieße demselben das Todesurtheil sprechen.

Zunächst begeistert sich in der „Deutschen Tages-Ztg.“ ein Reichstags-Abgeordneter, dessen Name jedoch nicht genannt wird, ganz außerordentlich für die Deportation von Strafgefangenen nach unseren Kolonien. Welches Geistes Kind der ungenannte Herr Reichstags-Abgeordnete freilich ist, dürfte zur Genüge aus dem Umstande hervorgehen, daß derselbe in unseren Zuchthäusern „Altersversorgungsanstalten für invalide Verbrecher erblickt.“ — Welche Altersversorgungsanstalten, in denen der Lattenarrest und die Prügelstrafe, in den meisten Bundesstaaten sogar auf das „unverhüllte Gefäß“, noch als Disziplinarstrafen in Blüthe stehen. — Man könnte wirklich begierig sein zu erfahren, wie sich der ungenannte Herr Reichstags-Abgeordnete eigentlich ein Zuchthaus vorstellt, das seinem Geschmack entspricht.

Uebrigens gehört für jeden halbwegs verständigen Politiker, selbst wenn er sonst Kolonialschwärmer sein sollte, die sogenannte Deportationsfrage längst zum alten Eisen. Manchen Leuten dürfte es allerdings sehr willkommen sein, wenn sich aus unseren afrikanischen Kolonien ein zweites Sibirien gestalten ließe, in dem man neben wirklichen Verbrechern auch politisch unbedeutsame Leute verschwinden lassen könnte.

Ganz abgesehen davon, daß sich die Deportation schon vom rein menschlichen und vom hygienischen Standpunkte aus verbietet, würde sie auch den Etat für unsere afrikanischen Sandwüsten noch in ganz beträchtlicher Weise steigern. Man denke doch nur an die gewaltigen Transportkosten der Deportirten und der Begleitmannschaften, an die Entlastung des komplizierten Beamtenapparats, an die Reservierung u. s. w.

Der Herr Abgeordnete, welcher in der „Deutschen Tageszeitung“ gesprochen hat, will es aber nicht zugeben, daß die Deportation eine „kurzsichtige Geldverschwendung“ ist, freilich Gründe fährt er nicht an.

Es steht nun aber fest, daß England ganz ungeheure Summen für seine Deportation verpulvert hat und hauptsächlich deshalb gänzlich von derselben abgelenkt ist. In Frankreich liegen die Verhältnisse ähnlich. Nach einem amtlichen Berichte vom Jahre 1886 kostet der Unterhalt von 7—8000 Deportirten in Neukaledonien der französischen Regierung Jahr für Jahr die Kleinigkeit von zehn Millionen Franken.

Was wollen unsere Deportationschwärmer übrigens, gestalten sich unsere afrikanischen Kolonien unter dem Regimente eines Peit, Behlan und Konsorten nicht mehr und mehr zu großen Zuchthäusern?

Es würde entschieden vernunftgemäßer behandelt sein, Fragen die Aufmerksamkeit zuzuwenden, die geeignet sind, der stetig sich steigenden Noth des Volkes und der hieraus erwachenden Ueberfüllung der Gefängnisanstalten zu steuern, als sich in müßigen Gräbeln über Deportation zu ergehen.

Die beiden Länder, für welche der Londoner Kongreß den meisten Nutzen hat, sind England und Frankreich. In England haben einerseits die Trades Unions, deren Führer zum theil über die sozialdemokratische Bewegung des Kontinents sehr schlecht unterrichtet waren, einen tüchtigen „Stoß“ bekommen, und ist andererseits die Thatsache zu tage getreten, daß die Sozialdemokratie Federation die einzige politische Arbeiterorganisation Englands ist, um welche eine ernsthafte Bewegung sich gruppieren kann. Gewiß giebt es unter den englischen Gewerkschaftsführern manche, die eine weitere Annäherung an die Sozialdemokratie fürchten, allein, trotz alles Kajalirens der Bourgeoispreffe werden sie vereinzelt bleiben, und die Entwicklung der Dinge, die nun einmal mit vollen Segeln in die Sozialdemokratie hineingeht, ist nicht mehr aufzuhalten.

Von nicht minderer Bedeutung ist der Kongreß für Frankreich. Die Unfähigkeit und Schwäche der außerhalb der sozialdemokratischen Parti Ouvrier stehenden Arbeiterorganisationen ist trotz des entsetzlichen Geschreis und trotz der fälschlichen Mandate so klar offenbart worden, daß der Londoner Kongreß als das Grab dieser Organisationen, die bloß vom Spektakel und von der gegnerischen Kellame gelebt haben, betrachtet werden kann. Der Artikel des Genossen Jaurès in der „Petite République“ vom letzten Sonntag stellt diese Thatsache in helles Licht, und unsere französischen Genossen sind entschlossen, den in London erfochtenen Sieg mit aller Energie auszunutzen und ihre ganze Kraft auf eine planmäßige Propaganda und den Ausbau der Organisation zu verwenden.

Deutsches Reich.

— Für die Reichstags-Erwahl in Brandenburg-Westhaveland ist der Wahltermin auf den 29. Oktober anberaumt worden.

— Die vom Reichstage beschlossene Gewerbenovelle ist vor einigen Tagen amtlich publiziert worden. Sobald der Bundesrath wieder zusammengetreten sein wird, dürfte eine seiner ersten Aufgaben der Erlaß der Ausnahmehesimmungen vom Verbot des Detailretens sein. Von der preussischen Regierung sind Erhebungen zu diesem Zwecke vorgenommen worden.

— Dem früheren Minister v. Verlepsch ist durch Fakultätsbeschluß vom 1. August d. J. von der hiesigen Friedrich-Wilhelms-Universität die philosophische Doktorwürde honoris causa verliehen worden und zwar, wie es in der Begründung heißt, wegen seiner bei der Beilegung der Bergarbeiter-Unruhen bewiesenen Humanität, Festigkeit und Weisheit, sowie wegen seiner Miturtheilhaftigkeit und seiner Mitarbeit an der Arbeiterbeschäftigung.

Da wird König Stumm wieder gegen die Universitäten zeteren. Ein Trost wird ihm sein, daß der durchaus gefühlvolle Bergarbeiterstreik als Bergarbeiter-Unruhen bezeichnet wird.

— An eine Reform bezuglich der einfachen Briefe denkt die Reichspostverwaltung nicht. Zu der Meldung der „Bayer-Zeitung“, Postämter seien angewiesen, im laufenden Monat während eines siebenwöchigen Zeitraums die Zahl der eingehenden gewöhnlichen Briefe im Gewicht von 15 bis 20 Gramm zu ermitteln, bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“, daß Ermittlungen der beregten Art auch in früheren Jahren stattgefunden haben. Die Folgerung, man werde nicht sehr gehen, diese Anordnung mit der Erhöhung des Maximalgewichts der einfachen Briefe von 15 auf 20 Gramm zu verbinden, erledige sich also durch diesen Thatbestand.

— Herr Dietrich v. Derken erklärt im „Volk“, daß diese Zeitung, die unter der Redaktion des Herrn v. Verlach einen geraden Weg zu gehen bemüht war, künftighin mit Stöcker durch die und dann, nach rechts und links, nach oben und unten, zu und von den Konserwativen gehen wird. Die Begabung des neuen Chefredakteurs übertrifft selbst die der offiziösen, die doch für ein Vierteljahr mit ihrer Gesinnung auskommen können, während der Chefredakteur des „Volk“ sich auf weit häufigere Aenderung seiner Gesinnung einrichten muß.

— Von einem evangelisch-sozialen Tageblatt, das vom 1. Oktober ab unter der Leitung des Pastor Naumann und des von Stöcker gemafregelten Redakteurs des „Volk“ geleitet werden soll, berichten verschiedene Blätter. Die neue Zeitung würde den Tod des Stöcker-Blattes bedeuten, das

sich, ohne zu sagen, von wem es hierzu autorisiert ist, beeilt, die Nachricht als falsch zu bezeichnen.

— Sperrung des Nordostsekanals. Der „Hamburger Korrespondent“ schreibt: „Laut Mittheilung des kaiserlichen Kanalamtes an die Firma Gläcke u. Hennings wird am 13. und 14. d. M. wegen der Durchfahrt des Mandovergeschwaders der Verkehr für Handelschiffe auf dem Kanal erheblich beschränkt, möglicherweise ganz eingestellt werden müssen. Wir sind der Ansicht, daß das kaiserliche Kanalamt eine solche weite Kreise interessirende Mittheilung vor allem nicht so spät und dann als amtliche Meldung durch den Telegraphen verbreiten sollte.“

— An Kaisers Geburtstag hatte ein Schleiher in Solingen sein Kind nicht zur Schule geschickt und war deshalb von der Polizeiverwaltung mit 50 Pf. Strafe belegt worden. Das Schöffengericht sprach ihn jedoch frei, weil der Schulzwang sich nur auf die eigentlichen Lehrstunden erstreckt. Das Elberfelder Landgericht hatte nun als Berufungsinstanz über diese Sache zu befinden. Leider war weder der Schleiher noch ein Vertreter desselben da. Der Staatsanwalt beantragte, gefügt auf ein Gutachten der Regierung zu Düsseldorf, wonach der Zweck der Schule nicht nur im Ertheilen des Unterrichts bestesse, sondern auch, den Schülern Rüstigkeit und Vaterlandsliebe beizubringen, weshalb die Schulfeier sich auch auf die patriotischen Bedeutsame erstreckt, Aufhebung des schöffengerichtlichen Urtheils und der Gerichtshof erkannte ohne weitere Verhandlung demgemäß.

Dieses Urtheil steht ganz im Einklang mit demjenigen, wonach Eltern ihre Kinder selbst dann am Religionsunterricht theilnehmen lassen müssen, wenn sie aus der Kirche ausgetreten, also religionslos sind.

— Mit welchen Mitteln die Sozialdemokratie bekämpft wird, zeigt wieder einmal folgendes Vorkommniß. Am 5. Juli fand in Polnisch-Steine bei Ohlau (Schlesien) zum ersten Mal eine sozialdemokratische Volksversammlung statt, in welcher Genosse Scheib-Breslau über die Lage der ländlichen Bevölkerung referirte. Den Arbeitern der in der Umgebung befindlichen Fabriken war bei Androhung sofortiger Verhaftung der Besuch dieser Versammlung verboten worden und der Amtsvorsteher des dortigen Kreises, Herr von Rohscheidt, hielt eine Versammlung des Kreisvereins ab, in welcher den Anwesenden eröffnet wurde, daß jeder, der sich den Vortrag anhören würde, seiner Rechte als Mitglied des Kreisvereins verlustig ginge. Trotz dieser Vorichtsmaßregeln und des nebenbei sehr ungünstigen Wetters waren viele Zuhörer erschienen, um das „sozialistische Gift“ in sich aufzunehmen. Nicht lange später wollte der Arbeiterverein von Ohlau in demselben Lokale ein Tanzfränzchen abhalten und kam um Erlaubniß unbefränkter Polizeikommission bei dem ohnehin schon so schwer getränkten Amtsvorsteher ein. Umgehend wurde den Genossen der kurze Bescheid, daß dies nicht genehmigt werde, und eine Baukommission wurde an den Thort geschickt, die die Gebäude auf ihren Zustand zu untersuchen hatte. Zwei Tage später erhielt der Wirth des Lokales, Herr Müde, folgendes Schreiben:

Deutsch-Steine, b. Ohlau, den 11. Juli 1896.
Herr Müde zeige ich Ihnen an, daß Ihr Grundstück, auf welchem Sie zur Zeit die Gastwirtschaft betreiben, sich baulich in einem derartig vernachlässigten Zustande befindet, daß es nach dem Gutachten des Sachverständigen, Kreis-Baumeisters Koch, keine Sicherheit mehr bietet und Leben und Gesundheit gefährdet erscheint. — Aus diesem Grunde entziehe ich Ihnen zunächst die Benutzung Ihres Tanzsaales.
v. Rohscheidt.

An den
Gasthausbesitzer Herrn Müde,
Polnisch-Steine.
Herr Müde hatte mittlerweile sein Gasthaus verkauft und als der neue Besitzer darum einkam, dasselbe ganz umbauen zu dürfen, wurde ihm von demselben Amtsvorsteher eröffnet, dies sei nicht notwendig, er solle die Lokalitäten nur renoviren! — Wie verträgt sich das mit dem eben veröffentlichten Erlaß?

Über damit war es noch nicht genug! Die verrückte That, daß M. seinen Saal uns zur Verfügung gestellt, mußte noch mehr geübt werden und dies geschah durch Zusendung folgenden Schreibbriefes:

Dem bisherigen Gastwirth Herrn Müde zu Polnisch-Steine habe ich hierdurch auf Grund des § 13, 4 unter Hinweis auf § 1, 1 unserer Statuten mitzutheilen, daß derselbe im hiesigen Vereinsregister gestrichen ist.
Deutsch-Steine, den 13. Juli 1896.
Der Vorstand
i. A.
Sauer.

An
den Gastwirth Herrn Müde
zu Polnisch-Steine.

Herr Müde hat, ohne Schaden an Leib oder Seele zu nehmen, diesen Beschluß über sich ergehen lassen, trotzdem er Jahre lang Mitglied des Kreisvereins war und regelmäßig seine Beiträge entrichtete hat. Dafür, daß er, ohne selbst jemals etwas von Sozialdemokratie gehört zu haben, sein Lokal uns zur Verfügung stellte, sich also somit der „Beihilfe“ schuldig gemacht hatte, wurde er aus dem Kreisverbande herausgeworfen. — So agitiren diese Staatsräuber für die so gehassten sozialdemokratischen Bestrebungen selbst am meisten, denn unter der Landbevölkerung in dem Ohlauer Kreise herrscht seit diesem Vorgehen des Amtsvorstehers große Erregung und viele haben sich unserer Partei angeschlossen.

— Zum Fall Kauffmann schreibt das „Hamburger Volksblatt“: Wir theilten in Nr. 181 des „Volkblatt“ unter der Ueberschrift: „Zeitungsänner im Gefängniß“ mit, daß Genosse Kauffmann im Stader Gefängniß bereit die Mittheilung erhalten hätte, sich zum Rücktransport nach Hameln bereitzustellen, der am Mittwoch, den 12. August, hätte vor sich gehen sollen. Wir knüpften an jene Mittheilung das gewiß berechtigte Verlangen, der Parteivorstand möge sofort Schritte thun, die dazu angethan sind, Kauffmann's Schicksal zu erleichtern. Das ist nun unser Wissen zwar noch nicht geschehen, aber trotzdem können wir unseren Lesern die erfreuliche Mittheilung machen, daß zufolge neueren Dispositionen Genosse Kauffmann nunmehr bis auf weiteres im Stader Gefängniß verbleibt. Inwiefern zu diesen Dispositionen die alarmirte Öffentlichkeit beigetragen hat, entzieht sich vorläufig noch unserer Kenntniß. Dagegen hat sich Genosse Thiel durch den Abdruck der Notiz: „Der Fall Kauffmann“ in Nr. 166 des „Volkblatt“ einen Prozeß auf den Hals geladen, der jedoch nach Lage der Sache glimpflich verlaufen dürfte.

Wir wissen vollkommen den Eifer unserer Hamburger Kollegen bei der Wahrung der Interessen der Strafgefangenen Redaktoren und des Genossen Kauffmann im speziellen zu würdigen. Wir wissen aber absolut nicht, was der Vorstand der Reichstags-Fraktion in der Sache thun könnte. Sobald die sozialdemokratische Parteivertretung über die Ordnung in den Gefängnissen zu entscheiden haben wird, werden Strafen wegen freier Meinungsäußerung nicht mehr verhängt und auch nicht vollstreckt werden. Im preussischen Landtage ist unsere Partei nicht vertreten, sie kann also dort den Fall nicht besprechen, und im Reichstag wird vor Verhandlung der Strafprozeßnovelle und des Etats hierzu auch keine Gelegenheit sein. Diesen Erwägungen sollte sich unser Hamburger Bruderorgan, das sonst den Parteivorstand für die sicher zu verurtheilende Verhandlung Kauffmann's verantwortlich macht, auch nicht verschließen.

— Die Stadt Wismar hat 1875 000 M. für den Bau des Ost-Deise-Kanals bewilligt. —

— Für die Reformbedürftigkeit der Hamburger Verfassung liefert eine Zusammenstellung, die das Statistische Bureau der Steuerdeputation von Hamburg in seinem Jahresbericht veröffentlicht, einen schlagenden Beweis. Im Jahre 1893 zählte Hamburg eine Einwohnerzahl von rund 600 000 Personen, von denen sicher 200 000 aktiv und passiv zum Reichstag wahlberechtigt waren. Von dieser respektable Anzahl waren Ende 1894: 25 927 Bürger, also wahlberechtigt zur Bürgerschaft; diese sehr unbedeutende Zahl sank bis Ende 1895 auf 25 600. Nun fanden im Februar 1895 Bürger-schaftswahlen statt, und da stellte es sich heraus, daß nach Abzug derjenigen Bürger, die ihre Steuer nicht bezahlt hatten, 11 177 Bürger übrig blieben, welche ihr Wahlrecht bei den allgemeinen Wahlen ausüben konnten. Thatsächlich üben es aber nur 7752 Bürger aus, ein Beweis dafür, daß selbst in diesem nur kleinen Kreise der hamburgischen Bürger das kommunale Interesse wirklich nicht sehr bedeutend ist.

Stuttgart, 11. August. Dem Gewaltspruch der Militärbehörden beugen sich selbst Zivilrichter, sogar, wie ein Jurist in der „Ulmer Ztg.“ behauptet, unter Nichtbeachtung der Bestimmungen der Straf-Prozessordnung. Der in Ulm seiner Dienstpflicht genügende Grenadier Koch hatte den auch in der „Schwäb. Ztg.“ veröffentlichten Brief über den Tod des Grenadiers Baumann geschrieben. Im Besitze des Briefes war der Vater des Koch. Trotzdem der § 57 der Strafprozessordnung bestimmt, daß schriftliche Mitteilungen zwischen dem Beschuldigten und denjenigen Personen, die wegen ihres Verhältnisses zu ihm nach § 51 und 52 zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigt sind, der Beschuldigte nicht unterliegen, befolgte das Amtsgericht die Aufforderung des Militärgerichts und beschlagnahmte bei dem Vater Koch den Brief seines vom Militärgericht angeschuldigten Sohnes. Dieser Brief trug in dem gefeierten vor dem Ulmer Militärgericht verhandelten Strafverfahren gegen den Grenadier Koch diesem 1 Jahr 8 Monate Festung ein.

Wolchen, 11. August. (Frankf. Ztg.) Gestern Nachmittag wurde der Fabrikbesitzer Johann Wies aus Paris, Vizepräsident der Gesellschaft der Glas-Lothinger, der hier bei Verwandten zum Besuche weilte, ausgewiesen. Sein Bruder gehört dem hiesigen Stadtrath an. —

Schweiz.

Vasel, 11. August. (Eig. Ber.) Der seit langer Zeit schon arbeitslose eidgenössische Bundesanwalt hat wieder Arbeit bekommen, durch den bereits mitgetheilten, in der „Berner Tagwacht“ erschienenen Artikel: „Warum flocht die Sozialreform im Deutschen Reich?“ Auf Anordnung des Bundesanwalts wird in Vasel bereits eifrig nach der Nr. 59 der „Berner Tagwacht“ gefahndet. Doch bisher ohne Resultat. Die Untersuchung durch den Bundesanwalt ist auf Verlangen der deutschen Gesandtschaft in Bern und des deutschen Konsulats in Vasel erfolgt. Wie ich aus guter Quelle erfahre, wird gegen den Redakteur Moor Anklage wegen Beleidigung des Oberhauptes einer fremden Nation erhoben. Die Anklage kommt vor den eidgenössischen Richten (Schwurgericht) zur Verhandlung. Auf dieser Straftat ruht Geldstrafe bis zu 5000 Fr. oder Gefängnis bis zu 5 Jahren.

Nach den bürgerlichen Blättern zugegangenen Korrespondenzen aus der Schweiz soll die deutsche Regierung auf eine Verfolgung des Artikels verzichtet haben. Es dürfte sich bald zeigen, welche Auffassung die richtige ist. —

Frankreich.

Paris, 10. August. (Eig. Ber.) Der gegenwärtige Präsident der Republik übertrifft alle seine Vorgänger in der Liebe zu pomphaften Schaustellungen. Auf seinen häufigen Reisen in den verschiedenen Provinzen gerberdet er sich förmlich wie unsere ehemaligen populärkeitsstürmischen Monarchen. Und er weiß auch geschickt Ort und Zeit seiner Reisen zu wählen. Unter dem demokratischen Kabinett Bourgeois besuchte er den Süden, wo er damals eines begeisterten Empfanges seitens der demokratischen und sozialistischen Bevölkerung sicher sein konnte. Jetzt bereist er die Bretagne und berauscht sich an den Beifallsfundebungen der dortigen, vorwiegend monarchistisch und kirchlich gesinnten Bevölkerung, die ihn ihre Dankbarkeit für die Bildung des reaktionären, kirchlich-freundlichen Kabinetts Meline bezeugt. Die Ordnungspresse sucht Felix Faure's Reise zu einem politischen Ereignis ersten Ranges umzulagen. Sie steht in dem von ihren Berichterstattern mehr oder minder wahrheitsgemäß beschriebenen Enthusiasmus der Bretonen für den Präsidenten einen Beweis dafür, daß die Bretagne republikanisch geworden sei. In Wahrheit gilt dieser Enthusiasmus, insofern er nicht auf das den naturwüchsigen Provinzler imponierende Schauprägen zurückzuführen ist, den reaktionären Tendenzen des von Faure's Gnaden zur Macht gekommenen Ministeriums Meline.

In den Ansprachen der zivilen und kirchlichen Vertreter der Bretagne wird das vielfach mit aller Deutlichkeit hervorgehoben. Bezeichnend ist auch, daß nicht nur der Klerus, sondern auch ein direkt von der Zentralgewalt abhängender General in seiner Ansprache gestilltlich das Wort „Republik“ vermißte. Felix Faure läßt sich freilich dadurch nicht beirren. Er sagt unweidrosen sein einstudiertes Sprächlein her, worin er versichert, die „Hingebung der bretonischen Bevölkerung an die Republik“, ihre „bewährte republikanische Gesinnung“ und dergleichen zu kennen. Die feierliche Komödie wurde übrigens in Loriet (Hauptort des Departements Morbihan) penlich geführt. Der radikale Theil der dortigen Bevölkerung empfang den Präsidenten und die ihn begleitenden Minister mit demonstrativen Hochrufen auf — das Ministerium Bourgeois und brachte eine Ovation dem radikalen Abgeordneten des Departements und ehemaligen Minister im Kabinett Bourgeois, Guicoffe, dar.

Catignac's Verurtheilung zu 100 Fr. Buße hat die Regierung nicht befriedigt. Sie vervollständigt nun das Klassenurtheil der Toulouser Richter durch die Suspension des sozialistischen Bürgermeisters vom Amte. Ohnmächtige, wirkungslose Maferei!

Die nunmehr offiziell, wenn auch noch nicht offiziell bekannt gemachte Ankunft des Zaren in Paris versteht die Ordnungspresse in tolle Freude. Das Publikum wird tagtäglich systematisch in eine zarenschwärmerische Stimmung hineingeleitet. Die Monarchisten reiben sich die Hände im Verschmack des Schauspielers der Bauernschere der offiziellen Republikaner vor einem Autokraten. Der „Gaulois“ beschäftigt sich bereits mit der hochwichtigen Frage, mit welchen Hochrufen der Zar zu empfangen sei. Er weist darauf hin, daß man nicht „Hoch der Zar!“ sondern „Hoch der Kaiser!“ rufen müsse. Demgegenüber fragt Genosse Gerault-Richard in der „Pétite République“, ob es wohl erlaubt sein werde, während des Zarenbesuches die Republik hochleben zu lassen. Das Uebermaß von Servilismus in der bürgerlichen Presse erschreckt sogar den „Temps“. Das solide opportunistische Blatt ermahnt bereits zur Selbstachtung, die ja den Werth der Duldungen nur erhöhen könne. —

Italien.

Rom, 12. August. Die italienische Regierung erhielt von dem italienischen Botschafter in Washington die telegraphische Meldung, daß ihm die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wegen der Ereignisse in Kahnaville, wo bekanntlich vier Italiener getödtet wurden, ihr Gebahren ausgesprochen und exemplarische Bestrafung der Mörder zugesagt hat. —

Rom, 12. August. Die Friedensverhandlungen mit Mexiko sollen, der offiziellen „Opinion“ zufolge, nur wegen der Mexikaner und der Freilassung der gefangenen Italiener geführt worden sein, während der Protestorats-Gedanke dabei völlig ausgeschlossen sei. —

Türkei.

— Ueber die Lage auf Kreta erklärte im englischen Parlamente der Parlaments-Untersekretär Curzon, der britische Konsul auf Kreta habe berichtet, daß bewaffnete Mohammedaner das Kloster St. Johann zu Anapoliß-Pediada in der Nähe von Geraklion angegriffen hätten. 29 Männer, Frauen und Kinder seien getödtet, andere verwundet worden. Das Kloster und vier Kirchen seien zerstört, Vieh und Schafe geraubt worden. Vom griechischen Konsul auf Kreta sei ein Bericht eingelaufen, nach welchem ein Priester verbrannt worden sei; diese Nachricht sei jedoch bis jetzt noch nicht durch den britischen Konsul bestätigt worden.

Ostasien.

— Der Aufstand in Formosa. Einer Meldung der „Times“ aus Singapore zufolge besiegte eine kleinere japanische Truppenabtheilung die Aufständischen in Formosa vollkommen. Die Kluge ist wieder hergestellt. —

Afrika.

— Auf Befehl Chamberlain's wurde allen Rebellen des Matabelandes, welche sich den Engländern unterwerfen wollten, völlige Amnestie zugesichert, woraus sich auch bereits 2000 Familien unterwarfen.

Amerika.

New-York, 31. Juli. (Eig. Ber.) Ueber den populistischen Kandidaten für die Vizepräsidentschaft, auf den sich auch die Stimmen der Demokraten vereinigen müssen als Gegengewicht für die Gewinnung der populistischen Stimmen für Bryan, ist zu bemerken, daß er kein Repräsentant des „radikalen“ Elements, sondern stets ein fanatischer Gegner aller nicht kirchlich-kapitalistischen und „sozialistisch angehauchten“ Punkte des populistischen Parteiprogramms war. — Es hätte nicht viel gefehlt, so wäre aus dem letzteren die einzige Forderung hinausgeworfen worden, welche von den seinerzeit als Räder für die Arbeiter eingeschobenen Punkten in die neue Vorlage aufgenommen worden war, nämlich diejenige auf „Beschäftigung der Arbeitslosen in Zeiten großer industrieller Depression nach Möglichkeit“ an öffentlichen Arbeiten. Es war ein Antrag auf Wiedererwägung dieses Punktes eingereicht worden und schien die Stimmung im allgemeinen der Streichung günstig zu sein, als der bekannte „Arbeiterführer“ und populistische Redakteur von Milwaukee, Hob. Schilling, erregt aufsprang und rief: „Um's Himmelswillen, laßt es nicht durchgehen, daß die einzige Forderung in der Plattform, die den Arbeiterinteressen günstig ist, auf den Tisch gelegt werde!“ Das erinnerte die Delegaten daran, daß ihre Partei auf den „Arbeiterfang“ angewiesen sei, und blieb daher jenes letzte Stückchen Speck für die proletarischen Mäuse in der Falle. —

Brasilien.

— Die Aufhebung des von der Heydt'schen Restriktion. Der in Sao Paulo erscheinende „Germania“ wird geschrieben:

Fast wie eine Bombe — nicht des Schreckens, sondern der Ueberraschung — ist in hiesigen Kreisen von Berlin her die telegraphische Meldung eingetroffen, daß das bekannte von der Heydt'sche Restriktion, d. h. das in Preußen über dreißig Jahre bestehende Verbot der Auswanderung nach Brasilien, aufgehoben wurde.

Die gesammte einheimische Presse hat das Ereignis als eine erfreuliche Besserung in den internationalen Beziehungen beider Länder begrüßt, eine Auffassung, der auch wir Deutschen uns im zustimmenden Sinne anschließen können.

Wie man auch über die damalige Berechtigung jener hemmenden gesetzgeberischen Intervention denken mag, so muß man doch gestehen, daß die Verhältnisse sich allseitig im Laufe der Jahre derartig verändert haben, daß eine solche obige Ausnahmebestimmung gegenüber Brasilien nicht mehr berechtigt erschien, und Brasilien im Vergleich zu den übrigen amerikanischen Staaten, wo überaus die Auswanderung erlaubt ist, eine solche Zurücksetzung kaum mehr verdient. . . .

Partei-Nachrichten.

In der Dittung über die Parteibeiträge soll es heißen statt Werther 300 Werther 3000 M.

Ein Vierteljahrhundert war am 12. August seit dem Dresdener Kongreß unserer Partei verfloßen. Er war von 55 Delegirten besucht, die 82 Mandate hatten und 7000 stimmberechtigte Mitglieder vertraten. Die meisten der Delegirten sind heute wohl die läbliche Erde bedeckten. So ruhen York und Bracke längst im Grabe, die auf dem Kongreß bedeutungsvolle Niederlage hielten. Aber in die Lücken, die der Tod in unsere Reihen gerissen hat, sind Tausende und Abertausende getreten, die Sozialdemokratie ist zur stärksten und einflußreichsten Partei der deutsch sprechenden Völkerräume geworden und was man seit 1871 auch angestellt hat, um sie zu vernichten oder von ihrem Wege abzulenken, es ist alles, alles vergeblich gewesen. Kein anderes Schicksal werden haben, die uns heute bekämpfen und verfolgen. Mögen sie von den ihnen zu Gebote stehenden Gewaltmitteln Gebrauch machen, wie sie wollen. Wenn sie dereinst das Jagd ihrer Thätigkeit geben, werden sie finden, daß ihre Bemühungen, die feudalkapitalistische Gesellschaft vor dem Sozialismus zu retten, vollständig vergeblich gewesen sind.

Im gestrigen Bericht über die Kreis-Konferenz für Brandenburg-Besthavelland sind am Anfang die Namen des Kreis-Vertrauensmannes und des Rathenower Vertrauensmannes unrichtig wiedergegeben. Eistere heißt Kratzsch, letzterer Neudeck.

Gegen die vielfach vorkommende Ungehörigkeit, irgend einen bekannten Parteigenossen ohne dessen Einwilligung als Versammlungsbredner anzulindigen, erklärt Genosse Adolph Ged in „Offenburger Volksfreund“ eine ersthastige Verwahrung. Es handelt sich um eine Versammlung in Karlsruhe, wo man die Genossen Ged und Geiß fröhlich als Referenten angegeben hatte. Die Mannheimer „Volksstimme“ schließt sich der Ged'schen Erklärung an und theilt dabei mit, daß Genosse Geiß als Redner angekündigt worden ist, trotzdem er bestimt abgefragt hatte; um die Karlsruhe nicht in der Tasche sitzen zu lassen, mußte er schließlich andere Verpflichtungen hintansetzen. Solche Konflikte der Pflichten, sagt die „Volksstimme“ sehr richtig, können vermieden werden, wenn die Genossen sich zuerst mit den Rednern verständigen, ihnen ihr Selbstbestimmungsrecht belassen und sie nicht als willenlose Maschinen betrachten, über die man verfügen kann wie man will. Und sie müssen vermieden werden im Interesse des guten Einverständnisses und einer planmäßigen Agitation.

Auf der letzten (nennnten) Konvention der Sozialistischen Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten von Amerika waren etwa 100 Delegirte erschienen, gegen 36 auf der vorigen Konvention im Jahre 1893 und 20 auf der ersten im Jahre 1879. Im ganzen waren etwa 200 Sektionen in 25 Staaten vertreten, gegen 113 Sektionen im Jahre 1893. Obenan stand der Staat New-York mit 40 Sektionen, dann folgten New-Yersey mit 27, Massachusetts 26, Pennsylvania 18, Illinois 15, Connecticut 14, Ohio 11, Californien 6, Minnesota 5, Iowa, Michigan, New-Hampshire, Rhode-Island und Nebraska je 4, Indiana und Maine 3, Colorado, Delaware und Kentucky 2, Georgia, Maryland, Missouri, Texas, Vermont und Wisconsin je 1. Wie aus diesem Verzeichniß ersichtlich, hat sich unsere Partei so ziemlich über das ganze Land verbreitet; nur der Süden und der ferne Westen sind, von Kalifornien abgesehen, noch zurück. Ein Kern von Genossen befindet sich aber an den Hauptplätzen aller noch fehlenden Staaten, sie werden jedoch durch besondere Umstände am offenen Vorgehen gehindert. Einen starken Anhang haben

wir in den Kohlenbezirken mehrerer Staaten, aber die Genossen dort sind zu arm, um irgend welche Aktion unternehmen zu können, die insolge dessen Feils von der Parteileitung ausgehen muß.

Aus dem Bericht der Exekutivbehörde der Partei war ferner zu entnehmen, daß das englische Partei-Organ „The People“ über 6000 Abonnenten hat. Das deutsch-amerikanische Partei-Organ „Vorwärts“ zählt circa fünftausend Abonnenten. Außerdem bestehen noch die Partei-Organ „Arbeiterzeitung“ (New-York, jüdisch), „Arbeiter“ (Brooklyn, slawisch), und „Volktribüne“ (Grand Rapids, Michigan, holländisch). Das italienische Blatt „Avanti“, das erst in Philadelphia, dann in New-York herausgegeben wurde, konnte keinen genügenden Abonnentenstand erlangen, ebenso wenig das polnische Blatt „Swiatko“; beide sind eingezogen, doch ist durch die erfolgreiche Agitation des Genossen Karl Dolski alle Aussicht geboten, ein neues polnisches Organ herauszugeben zu können. In San Francisco bestanden zwei Blätter „Coming Age“ und „Sozialist“; ersteres hielt sich nicht lange und letzteres wurde wegen seiner christlich-sozialen Tendenz von der Partei verworfen. Es sei hier eingeschaltet, daß außerdem noch mehrere Blätter existieren, welche entweder voll auf dem Boden der Partei stehen oder doch in sozialistischem Sinne redigirt werden; so die hiesige „Volkzeitung“ und das jüdische „Abendblatt“, das „Tageblatt“ in Philadelphia, „Tageblatt“ in St. Louis, „Tribüne“ in Indianapolis, „Tageblatt“ in Cincinnati, „Arbeiterzeitung“ in Belleville, Illinois (Privat-unternehmen); sämmtlich täglich erscheinend; „Echo“ in Pittsburg, „The white slave“ in Omaha, Nebraska, und „The Labor Standard“ in St. Louis, Wochenblätter; schließlich die monatliche jüdische Revue „Zukunft“. Außerdem erscheinen noch an einigen Plätzen jüdische Blätter.

Aus den Verhandlungen der Konvention sei noch mitgetheilt, daß die Frage des Sitzes der Partei zu einer längeren Diskussion führte. Ein Antrag, daß drei der Mitglieder des Exekutivkomitees in New-York, die übrigen in anderen Staaten gewählt werden sollen, ward mit 51 gegen 20 Stimmen abgelehnt und später „Groß-New-York“ (d. h. die Städte New-York, Brooklyn, Long-Island-City und Theile der angrenzenden Counties, welche nach Beschluß der Legislatur ab 1893 zu einem Gemeinwesen verschmolzen werden) einstimmig als Sitz der Partei bestimmt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Der verantwortliche Redakteur des „Hamburger Echo“, Genosse Stenzel, soll das Polizeipräsidium in Frankfurt a. M. beleidigt haben, indem er Notiz nahm von einer „Vorladung“ des Polizeipräsidiums an den Reichstags-Abgeordneten Schmidt und von einer „Nachladung“ des letzteren an das Polizeipräsidium. Diese Nachladung soll geeignet sein, das Polizeipräsidium in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen und „verächtlich“ zu machen.

— Das Landrathsamt in Gotha hat den Schulgen der benachbarten Ortschaften verboten, sozialdemokratische Versammlungen auszuschließen zu lassen. Dieser Versuch, die weltumspannende Idee des Sozialismus auszurotten, ist genial. Aber ob er gelingen wird? Die Mitglieder unserer Partei mögen entscheiden.

— Genosse Hermann Feischer aus Birna hat am Dienstag nach sechsmonatiger Gefängnisstrafe die Strafanstalt Hohenfeld verlassen. Er erhielt diese Strafe, weil er die Fügigkeit und Unparteilichkeit sächsischer Behörden angezweifelt hatte. Der Prozeß hatte außerdem zur Folge, daß der als Zeuge vernommene Genosse Dörr wegen „Meineids“ zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt wurde.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Lederarbeiter (Portefeuillier) Berlins! Die Verhandlungen mit Herrn E. Schreiber haben sich zerfallen, da dessen Vorschläge so gut wie gar keine Verbesserung der Löhne bedeuteten. Durch Ausbitten wird es aber auch bei dieser Firma gelingen, bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Wir ersuchen die Kollegen, die schon bereitwillig erhalten haben, recht auf der Hut zu sein, damit ihnen das Errungene auch erhalten bleibt. Gleichzeitig machen wir auf die am Dienstag, den 18. d. M. bei Henke, Rammplatz 27, stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam und ersuchen die Kollegen, recht fleißig für dieselbe zu agitieren. Die Lokalkommission.

Achtung, Schuhmacher! Der Streik in der Schuhfabrik von G. Himmelreich in Berlin, Johannisthr. 20, dauert unverändert fort. Herr Himmelreich macht Versuche, außerhalb sowie auf hiesigen Herbergen Leute zu engagieren. Bis jetzt arbeitet aber nur ein Mann aus Burg bei ihm. Ferner dauert der Streik in der Schuh- und Pantoffelfabrik von Schliewe, Berlin, Dierstr. 21, unverändert fort. Zugang nach beiden Firmen ist streng fernzuhalten. Die Arbeiterpresse wird am Abdruck ersucht. Die Agitationskommission der Schuhmacher Berlins.

Achtung, Barbierer, Friseur Berlins! Der vor vierzehn Tagen stattgefundene Jungeungskongreß hat, wie vorausgesehen war, einen neuen Beutag beschlossen. Die Kosten soll durchbrochen werden, das „Altebstück“ soll in verschärfter Form, dem Strohbrief gleich, den Kollegen dauern begleiten. Diesen und ähnlichen Beschlüssen wird die hiesige Junngung jetzt nachkommen. Kollegen, es gilt dagegen Front zu machen; lassen wir uns nicht als unumgängliche Knaben behandeln. Um Protest zu erheben, haben wir zu heute, Donnerstag, abends 10 1/2 Uhr, eine große öffentliche Versammlung nach den „Arminshallen“, Kommandantenstraße 20, einberufen. Das Referat hat Kollege G. Klorin aus Frankfurt a. M., der Redakteur unseres Fachorgans, übernommen. Kollegen, seid Mann für Mann am Platze, agitirt für den Besuch dieser wichtigen Versammlung. — Der Junngungsvorstand ist brieflich eingeladen. Der Vertrauensmann. J. A. F. Starosson.

Der dritte internationale Buchdrucker-Kongreß trat am 5. August in Genf zusammen. Er war besucht von Delegirten aus Deutschland, Oesterreich, Elsaß-Vorbringen, Ungarn, Frankreich, Holland, Dänemark, Norwegen, Italien, Bulgarien, Luxemburg und der Schweiz, insgesamt 15 Delegirten, die 47 782 Mitglieder vertraten. Am ersten Verhandlungstage wurde eine Generaldiskussion gehalten über die Fortführung des in Bern bestehenden internationalen Buchdruckersekretariats. Sämmtliche Verbände sprachen sich für dessen Fortführung mit erweiterten Kompetenzen aus. Die Berichte der Delegirten über den Stand der Sozialgesetzgebung in den einzelnen Ländern werden dem Protokoll beigelegt. Am zweiten Verhandlungstage wurde in die Diskussion über die Gründung einer internationalen Widerstandsklasse eingetreten. Die germanischen und romanischen Vertreter hatten sich in Spezialberathungen über dieselbe schlüssig gemacht. Bis auf Deutschland, dessen Vertreter Böblin die Widerstandsklasse als eine die organische Entwicklung der weniger starken romanischen Verbände „schädigende“ Institution bezeichnete und der die Stärkung der nationalen Widerstandsklassen forderte, sprachen sich sämmtliche Verbände für die Gründung der Widerstandsklasse aus. Besonders warm trat für dieselbe ein der Vertreter des österreichischen Buchdruckerverbandes, Genosse Höger. Das Reglement sieht einen obligatorischen Monatsbeitrag von 10 Centimes für jedes Mitglied der beteiligten Verbände vor. Angefichts größerer Lohnbewegungen, oder wenn das Vermögen der Klasse unter 50 000 Fr. herabgesunken ist, welche Summe als unantastbarer Reservefonds gelten soll, kann eine Extraträger bis zur Höhe von 50 Cent. pro Woche und Mitglied erhoben werden. Die Unterstufung der Ausstehenden beträgt 1,50 Fr. pro Tag. Die Beschlüsse über die Widerstandsklasse unterliegen noch der Genehmigung durch die Verbände. Am dritten Tage

wurde über die Reorganisation des Sekretariats diskutiert und einstimmig beschlossen, das internationale Buchdruckersekretariat mit dem Sitz in Bern und ständigen Sekretär beizubehalten, der mehr als bisher in Fühlung mit den beteiligten Verbänden bleiben, auch Agitationsreisen in jene Länder unternehmen soll, die dem internationalen Verband nicht angehören. Als Richtschnur für die Geschäftsordnung auf anderen Kongressen wurde die Vertretung der Verbände so festgesetzt, daß auf je 2000 Mitglieder eine Stimme kommt. Mit einem Hoch auf die internationale Solidarität wurde am Freitag Abend der Kongress geschlossen.

In der Steinfurth'schen Eisenbahn-Waggonfabrik in Königsberg i. Pr. haben, wie die dortige „Volkstribüne“ mitteilt, die Schmiebe die Arbeit eingestellt. Die Helfer, d. h. die Gesellen, welche unangesehnt die Hitze des Feuers ertragen müssen, belohnen vierzehntägig 22—24 M. Lohn. Sie verlangen 5 Pf. Zulage pro Stunde. Als der Fabrikant die Erhöhung des Lohnes abschlug, legten die Helfer, an Zahl 40 Mann, die Arbeit nieder. Bis für die Streikenden Ersatz beschafft wäre, sollte nun die Hälfte der Schirmeister die Arbeit der Helfer verrichten; diese aber mit den ausländischen Helfern solidarisch und stellen ebenfalls die Arbeit ein, was, da sie besser bezahlt wurden als die Helfer, sicherlich ein schöner Beweis kameradschaftlicher Treue ist.

Der Steinfurth'sche Kreis in Halle a. S. dauert fort. Einen schönen Beweis der Solidarität haben die Poliere gegeben, indem sie sich der Bewegung anschlossen, obwohl sie schon einen höheren Lohn bekommen, als die übrigen Steinfurth'schen.

Die Zigarrenfabrikanten Hamburgs haben ihre Forderungen bewilligt bekommen. Sie hatten u. a. verlangt: 24 M. Minimallohn, Neunstundentag, bei Ueberstunden 25 pCt. Aufschlag für Lohn- und Akkordarbeit.

Sämtliche Weber der Firma A. Rehn in Meltingen, 25 an der Zahl, stellten die Arbeit ein, weil ihnen zur Gründung einer Fabrikklasse wöchentlich 1,50 M. abgezogen werden sollten. In Unterhandlungen ließ sich der Fabrikant nicht herbei. Die Ausständigen bitten um Vermeidung des Zugriffs.

Die Leipziger Sattler veranstalteten eine statistische Aufnahme über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Im ganzen betheiligten sich 130 Gehilfen. Das auf diese Weise ermittelte Jahreseinkommen betrug durchschnittlich inkl. der Ueberstundenarbeit 991,65 M. und in der Woche 19,70 M. Der niedrigste Lohn im Jahre betrug 300 und der höchste 1700 M. Die Arbeitszeit schwankte zwischen 9 1/2 und 12 Stunden pro Tag.

In einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung in Mainz sprach am Montag Genosse Dr. Quard über seine bekannten Vorschläge. Ueber den Vortrag wird uns geschrieben: Quard will, daß die Gewerkschaften an den sozialpolitischen Gesetzgebungsfragen thätigen Antheil nehmen. Er bedauerte, daß auf dem Berliner Gewerkschaftskongress die Behandlung der Sozialgesetzgebung aus Scheu vor polizeilichem Eingreifen abgelehnt wurde. In den Gewerkschaften müßte das Material für die dem Reichstage zu unterbreitenden Gesetzentwürfe zusammengetragen und besprochen und den Vertretern im Reichs- und Landtage überwiesen werden.

Um Einheitlichkeit in die Bewegung zu bringen, will Redner, daß die Vertrauensmänner der deutschen Gewerkschaften mehr Fühlung und Verbindung mit einander suchen und unterhalten sollen. In bestimmten Zwischenräumen solle neben den Gewerkschaftskongressen ein solcher Kongress stattfinden, dessen Delegirte in öffentlichen Versammlungen gewählt sind; auf diesem Kongress soll die Stellung der Arbeiter zu den einzelnen Gesetzentwürfen geregelt werden. Auf den Parteikongressen sei zur Vorsehung dieser Materien die Zeit zu knapp bemessen. Quard verspricht sich von der auch auf dem Londoner internationalen Arbeiterkongress anerkannten Thätigkeit der Gewerkschaften eine neue Belebung derselben, die der Arbeitersache im allgemeinen zu gute kommen. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die allgemeine Gewerkschaftsversammlung nimmt die Ausführung Quard's mit Befriedigung entgegen. Da die Befreiung des Proletariats durch die politische Aktion herbeigeführt werden kann, hält es die Versammlung für notwendig, daß sich die Gewerkschaftsbewegung fortgesetzt mit der Sozialgesetzgebung beschäftigt und dadurch in die Lage versetzt wird, den Vertretern der Arbeiterklasse in den öffentlichen Körperschaften die nöthigen Unterlagen und Berichte für ihre Thätigkeit zur Verfügung zu stellen. Die Gewerkschaftskartelle werden hierzu als die geeigneten Faktoren betrachtet.“

In Nürnberg haben sämtliche Tischler der Werkstatt von Haber, Pechelsgasse, die Arbeit eingestellt, weil dieser Meister sich weigert, die in Nürnberg übliche und von ihm selber bewilligte Arbeitszeit einzuführen.

Die Werkstättenarbeiter der Staatseisenbahn-Gesellschaft in Prag haben Delegirte aller Branchen gewählt, die der Generaldirektion folgende Forderungen vorlegen sollen. 1. Neunstündige Arbeitszeit; 2. zwanzig bis vierzigprozentige Lohn-erhöhung; 3. Wiedereinführung der Akkordpreise vom Jahre 1890; 4. Abschaffung der Marken; 5. anständige Behandlung seitens der Vorgesetzten; 6. wenn in Ausnahmefällen Ueberstundenarbeit unvermeidlich ist, soll dieselbe doppelt so hoch bezahlt werden wie die Tagesstunden. Die Antwort auf diese Forderungen wird bis 1. September erbeten. Ursache des Vorgehens der Werkstättenarbeiter sind fortwährende Lohnherabsetzungen. Die Löhne sind seit 1891 um mehr als die Hälfte zurückgegangen.

Am Streik in der Ammoniakal-Zodafabrik des Barons Guttman in Szczakowa in Galizien sind 500 Arbeiter theilhaftig. Sie fordern 40prozentige Erhöhung ihres bisher 75 Kreuzer betragenden Tageslohnes, wofür sie 10 1/2 Stunden arbeiten müßten; 14tägige Kündigung (bisher monatlich); doppelte Bezahlung der Sonntagslöhne, die neunzehn (!) Stunden dauern; Abschaffung der Geldstrafen; Entfernungen eines brutalen Aufsehers. Die Behörden nehmen in schändlicher Weise Partei für den Baron Guttman. Nur zwei Beispiele dafür: 1. Als die Arbeiter telegraphieren wollten, wurde ihnen geantwortet, daß der Apparat „verdorben“ sei. 2. Der Bezirkshauptmann Rogozski berief die Streikenden und befahl ihnen, zur Arbeit zurückzukehren, denn sonst würde er ihnen 100 oder 1000 Leute schicken, die sie zur Arbeit zwingen würden.

Der Tischlerstreik in Brüssel ist noch nicht beendet. Die gegentheilige telegraphische Nachricht war falsch.

Soziales.

In Sachen der Verhältnisse der Herren- und Knabenkonfektion hat das Berliner Gewerbegericht auf Freitag, den 14. August, mittags 12 Uhr, eine Schlichtung anberaumt, die im BürgerSaale des Berliner Rathhauses abgehalten wird.

Krankentafelwesen. Der Central-, Kranken- und Sterbekasse der Formsticker Deutschlands (C. S.) in Frankfurt a. M. ist vom Reichskanzleramt von neuem die Bescheinigung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Kranken-Versicherungsgesetzes genügt.

Zeitens der Uhrmacher sind, so wird offiziell geschrieben, wiederholt Beschwerden beim preussischen Handelsminister eingelaufen darüber, daß sie durch eine nicht zu billige Konkurrenz geschädigt würden. Diese Konkurrenz bestehe darin, daß Pfandleih-Anstalten Uhren zum Verkauf anknüpfen, die nicht immer verfallene Pänder sind, sondern zum Zweck des Wiederverkaufs auf gekauft sind. Es werde vom Publikum vielfach angenommen, daß die in Pfandleihgeschäften zum Verkauf kommenden Gegenstände viel billiger zu erwerben seien als bei Baaren aus anderen Geschäften, wodurch letztere natürlich ge-

schädigt würden. Unter solchen Umständen sei es notwendig, den Pfandleihern die Befugnis zum Handel mit anderen Sachen als verfallenen Pändern zu entziehen. Die Regierungen sind daher vom Minister aufgefordert worden, Erhebungen anzustellen, ob es wünschenswerth sei, den § 38 der Gewerbe-Ordnung dementsprechend zu ändern. Auch die Handelskammern sind zur Begutachtung aufgefordert.

Die Buchbinder Königsbergs i. Pr. haben eine Statistik ihrer Arbeitsverhältnisse aufgenommen. Die „Königsberger Volkstribüne“ theilt daraus das folgende mit: In den bestehenden 28 Werkstätten gelten als Arbeitszeit die Stunden von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends mit 1 1/2 stündiger Mittagspause, d. h. 11 1/2 Stunden, zu denen häufig Ueberstunden treten. Neben 43 Gehilfen sind 19 Lehrlinge und zahlreiche weibliche Hilfskräfte beschäftigt. In einzelnen Geschäften wird eine förmliche Gehilfenzucht betrieben. Der Wochenverdienst beträgt bei 11 Gehilfen 18—21 M., bei zehn 15—18 M. und bewegt sich bei den übrigen 24 zwischen 10—15 M., um in einem Falle sogar auf nur 7,50 M. zu sinken. Die „Tribüne“ bemerkt dazu: Daß solche Arbeitsbedingungen unwürdig sind und eine ausreichende Befriedigung auch nur der einfachsten Lebensbedürfnisse nicht gestatten, leuchtet ein. Die Buchbinder gebären danach zu den schlechtest gestellten Arbeitern unserer Stadt und haben alle Veranlassung, auf Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage zu sinnen.

Um die Errichtung eines städtischen Arbeitsamts hatten vor einigen Jahren die Besitzer des Leipziger Gewerbegerichts gebeten. Das Amt sollte von den Gewerbegerichts-Besitzern — Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte — verwaltet werden. Der Rath der Stadt lehnte aber, nachdem die Angelegenheit lange in den Akten geruht hatte, die Errichtung eines Arbeitsamtes ab. Durch die Verordnung des sächsischen Ministeriums für Ackerbau und Gewerbe, die gutachtliche Aeußerungen über die Zweckmäßigkeit solcher Arbeitsämter einforderte, kam die Sache von neuem in Fluß. Dörtmal diskutirten die Gewerkschaften die Frage eifrig. Es war vom Gewerkschaftskartell die Forderung gestellt worden, daß das zu errichtende Arbeitsamt zu 2/3 von Arbeitern und 1/3 von Unternehmern verwaltet werden und bei Lohn-differenzen die Vermittlung einstellen sollte. In der Erkenntnis, daß die Unternehmung einer derartigen Organisation des Arbeitsamtes nicht zustimmen, die Innungen sich auch nicht zur Auflösung ihrer Arbeitsnachweise bequemen würden, beschloß die letzte Versammlung des Gewerkschaftskartells, die Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes abzulehnen und dafür die Gewerkschafts-Arbeitsnachweise immer mehr auszubauen.

Die Errichtung einer Lungenheilanstalt für die Bewohner des Kreises Altona i. B. ist vom Kreisrat einstimmig beschlossen worden. Die Anstalt wird ca. 100 Betten enthalten. Die Kosten sind auf 300 000 M. veranschlagt.

Die Zigarrenarbeiterlöhne in Lübeck betragen, nach Angabe des dortigen Fabrikinspektors, im Durchschnitt nur 18 bis 20 Pf. die Stunde. Um 3 M. täglichen Verdienst zu erreichen, muß der Zigarrenmacher also einwöchentlich 15 und mehr Stunden arbeiten oder seine Familie ist gezwungen, ihm bei der ungesunden Arbeit zu helfen.

Als Juidikon wird und geschrieben: Nach dem Bericht der Handels- und Gewerbeämter zu Plauen für das Jahr 1895 haben die Kohlenindustriellen des Juidauer Reviers im Vorjahre wieder recht gute Geschäfte gemacht. Sie haben ihre Maschinenanlagen v. vermehrt und auch die Arbeiterzahl ist von 10 871 auf 11 110 gestiegen, die Zahl der Beamten von 368 auf 374. Die Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter betragen 11 449 915 M., 565 067 M. mehr als im Vorjahre. Der Verdienst der Beamten ist um 1,65 pCt. (von 1 008,81 M. auf 1 025,48 M.), der der Arbeiter um 1,74 pCt. (von 921,26 M. auf 977,95 M.) gestiegen. Der Gesamtverdienst der Produktion, die von 227 3/4 Mill. Kilogramm auf 250 4/4 Mill. Kilogramm stieg, betrug 21 981 883 M., etwas über 2 Mill. mehr als 1894. In Wirklichkeit ist also der Lohn der Beamten und Arbeiter nicht der Werthsteigerung der Produktion angemessen in die Höhe gegangen, sondern eher gesunken, denn die Durchschnittszahl der Arbeiter ist ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktiengesellschaften belief sich auf 2 877 519,88 M., das ist 867 171,88 M. mehr wie 1894. Der Ueberschuss des Reingewinns fließt in die Taschen der Aktionäre, denn die neuen Betriebsanlagen, die ja ebenfalls nur um 3,80 pCt., die der Beamten um 3,03 pCt. gestiegen. Der Reingewinn der sieben Aktienges

Zu den Gewerbegerichtswahlen Berlins.

Nachdem die Listen für die Ergänzungswahlen der Mitglieder des Gewerbegerichts zu Berlin nach Maßgabe der erfolgten Anmeldungen zur Aufnahme in dieselben und unter Beachtung der für die Wahlberechtigung vorgeschriebenen Bedingungen aufgestellt worden sind, werden dieselben gemäß § 13 des Ortsstatuts während der Dauer einer Woche, und zwar vom 10. bis einschließlich 16. August er. in den Wochentagen von 5 bis 8 Uhr abends, am Sonntag von 12 bis 3 Uhr nachmittags, in den nachbenannten Räumen offen ausgelegt werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerlisten sind während der Dauer der Auslegung derselben, also bis einschließlich den 16. August er., bei dem Magistrat zu erheben, welcher darüber endgültig entscheidet. Neue Anmeldungen zur Aufnahme in die Wählerlisten sind in der oben angegebenen Zeit nicht mehr zulässig. Die Auslegung der Listen erfolgt:

1. für die Wahlbezirke 1 bis 4 (Stadtbezirke 1 bis 20 und 22 bis 25), mit Ausschluß der Wahlbezirke 1 und 2 für Arbeitgeber, im Wahlbureau, Poststr. 16, 2 Tr. Außerdem liegen daselbst sämtliche Originalanmeldungen für die zur Wahl stehenden Bezirke aus;
 2. für die Wahlbezirke 5 bis 11 (Stadtbezirke 21, 26 bis 78) in der Turnhalle der 131./169. Gemeindefschule, Tempelhofer Ufer 2, mit Ausschluß des Wahlbezirks 10 für Arbeitgeber und des Wahlbezirks 6 für Arbeitnehmer;
 3. für die Wahlbezirke 17 bis 21 (Stadtbezirke 114 bis 144) in der Turnhalle der 62. Gemeindefschule, Schindstraße 38, mit Ausschluß der Wahlbezirke 18 und 20 für Arbeitnehmer;
 4. für die Wahlbezirke 12 bis 16 (Stadtbezirke 79 bis 113) in der Turnhalle der 115./170. Gemeindefschule, Stoltegerstr. 55/56, mit Ausschluß des Wahlbezirks 15 für Arbeitgeber und Arbeitnehmer;
 5. für die Wahlbezirke 22 bis 29 (Stadtbezirke 145 bis 201) in der Turnhalle der 23. Gemeindefschule, Straußbergerstr. 9, mit Ausschluß des Wahlbezirks 26 für Arbeitgeber und des Wahlbezirks 29 für Arbeitnehmer;
 6. für die Wahlbezirke 30 bis 34 (Stadtbezirke 202 bis 215, 218 bis 228, 235 bis 259 und 265 bis 269) in der Turnhalle der 8./63. Gemeindefschule, Gipsstr. 23a, mit Ausschluß des Wahlbezirks 32 für Arbeitnehmer;
 7. für die Wahlbezirke 35 bis 37 (Stadtbezirke 229 bis 254 und 260 bis 264) in der Turnhalle der 15. Gemeindefschule, Rastanien-Allee 82, mit Ausschluß des Wahlbezirks 37 für Arbeitgeber;
 8. für die Wahlbezirke 38, 41 und 42 (Stadtbezirke 270 bis 278, 305 bis 326) in der Turnhalle der 118. Gemeindefschule, Panstraße 7/8, mit Ausschluß des Wahlbezirks 38 für Arbeitnehmer;
 9. für die Wahlbezirke 39 und 40 (Stadtbezirke 216, 217 und 279 bis 304) in der Turnhalle der 113./128. Gemeindefschule, Thurnstr. 66;
- Zu bemerken ist noch, daß in den vorstehend ausgeschlossenen Wahlbezirken, und zwar Nr. 1, 2, 10, 15, 26 und 37 für Arbeitgeber, Nr. 6, 15, 18, 20, 29 und 38 für Arbeitnehmer in diesem Jahre Ergänzungswahlen nicht stattfinden.
- Wir ersuchen, von der Einsichtnahme in die Wählerlisten ausgiebigsten Gebrauch zu machen, besonders diejenigen Wähler, denen es eventuell zweifelhaft erscheint, ob sie wählen können.
- Die Berliner Gewerkschafts-Kommission.
J. A.: H. Millarg.

Lokales.

Die Berliner Parteigenossen machen wir auf die heutige Parteiversammlung im Secopalast

nachmal aufmerksam. Die Delegierten der Berliner Sozialdemokratie werden über die Verhandlungen des Internationalen Kongresses in London Bericht erhalten und hierbei Gelegenheit nehmen, die Lügenberichte der Bourgeoispreffe auf ihren wahren Werth zu charakterisieren.

Das Sommerfest des Zentralvereins der Bildhauer Deutschlands (Verwaltungsstelle Berlin), das am 25. Juli wegen des ungünstigen Wetters nicht abgehalten werden konnte, findet nun bestimmt am Sonnabend, den 15. August, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114, statt. Die Generalprobe zu dem zur Aufführung gelangenden Stück wird am Freitag, den 14. August, ebenfalls präzis 8 Uhr abends abgehalten. Im übrigen verweisen wir noch einmal auf die Annonce in der heutigen Nummer des „Vorwärts“.

Der staatsanwaltliche Kamf für Ordnung, Religion und Sittlichkeit gegen die Mächte des Umsturzes ist durch den vorgehenden gegen unsern Jacoben geführten Militärbeleidigungsprozess in ein neues Stadium gerückt, das zur Kennzeichnung unserer Rechtszustände sorgfältige Beachtung verdient. Daß gegen ein sozialdemokratisches Blatt von auswärtigen eingeschritten wird, wenn sich jemand durch irgend eine im guten Glauben aus einem ordnungsfreundlichen Blatte abgedruckte Notiz beleidigt fühlt, ist nichts neues und verdient als selbstverständlich hingenommen zu werden. Bislang wurde aber wenigstens von den Staatsanwaltschaften der Brauch geübt, auch das eine Blatt mit anzuklagen, aus dem das sozialdemokratische Organ die inkriminierte Meldung unter Quellenangabe entnommen hatte, wenn nicht in besonderen Fällen zu einem Menschenprozess geschritten wurde. So geschah es, um aus manchen Beispielen nur wenige hervorzuheben, in dem Minister-Beleidigungsprozess wegen des Jastrow'schen Buches „Sozial-Liberal“, so geschah es wegen der angeblichen Straßwetter-Beleidigung, die der Reichsgerichtsrath Bähr anlässlich des Gummischlauchprozesses in der ordnungsfreundlichen „National-Zeitung“ begangen hatte, so geschah es im Gummischlauchprozess selber. In solchen Fällen blieben zwar die vielen hundert mehr oder minder staatsdienlichen Blätter, die durch erfolgten Abdruck einer inkriminierten Notiz ganz genau dieselbe Straftat begangen hatten, wie der „Vorwärts“, von Anklage und Verurteilung verschont, aber mit dem Vertreter des sozialdemokratischen Organs wurde doch wenigstens gleichzeitig der Mann, der die Preßfälsche in Original begangen hatte, auf die Anklagebank gebracht. Von diesem Brauch ist in dem vorstehenden Prozess Abstand genommen worden. Die „Allgemeine Preiser-Zeitung“ bringt eine an sich verhältnismäßig nebenfällige Meldung, die von Berliner Blättern jeglicher Parteirichtung, unter vielen anderen auch vom „Vorwärts“ gewissenhaft und zwar ohne jeglichen Nachsatz abgedruckt wird. Zwei Monate vergehen, soweit wir unterrichtet sind, bevor der Beleidigte, ein Offizier, überhaupt etwas in der Sache an die Öffentlichkeit gelangen läßt. Dann sendet er der Urheberin der angeblichen Beleidigung eine einfache berichtende Mitteilung, die das Fachblatt mit einigen nicht im geringsten wohlwollenden Bemerkungen abdruckt. Nachdem dies geschehen, sucht sich der beleidigte Offizier aus den Duzenden

übrigen Blättern in Berlin, die die Meldung nachgedruckt haben, einzig und allein das Zentralorgan der Sozialdemokratie, den „Vorwärts“ heraus und richtet an die Staatsanwaltschaft das Ersuchen, gegen dieses eine Blatt im „öffentlichen Interesse“ einzuschreiten. Die Staatsanwaltschaft erhebt auch richtig einzig gegen den „Vorwärts“ Anklage und läßt die Redakteure aller übrigen Blätter, einschließlich den Urheber der Beleidigung, ungeschoren!

Wir gönnen unsern bürgerlichen Kollegen ebenso wenig eine gerichtliche Verurteilung wie uns selber und sind auf sie keinesfalls böse darüber, daß sie wegen der Preßlieferungsgeschichte unbehelligt geblieben sind. Unsere verdamnte Pflicht und Schuldigkeit ist es nur, das Volk zum Nachdenken über eine Gerechtigkeitspflege zu bringen, durch die einzig ein sozialdemokratisches Blatt zur Strecke gebracht wird, während rings herum selbsterzeugt Tugend anderer „Beleidiger“ einschließlich des „Arbeidigers“ stehen, denen vielleicht in Reverenz vor dem berühmten Rechtslehrer Terenz auch nicht das geringste dafür geschieht, daß sie ganz das gleiche begangen haben, wie der zur Strecke gebrachte sozialdemokratische Redakteur. Wir sind nicht so harmlos, als daß wir die Pflicht, auf solche Zustände hinzuweisen, nicht mit einigem Behagen erfüllen.

Begnadigte Schulente und der „Reichsbote“. Gewisse Zustände im deutschen Staate werden selbst von Bürgern, deren Staatsstrenge über jeden Zweifel erhaben ist, mit lebhafter Unruhe wahrgenommen. Es ist bekannt, daß der dem Militarismus und Christentum mit dem frömmsten Augenanschlag treu ergebene „Reichsbote“ sich zu der Klüßlichkeit aufgeschwungen hat, den Justizminister zu ersuchen, daß er die Mittheilungen über die bekannten Begnadigungen bestrafte Schulente berichtigte, „da sie sonst das Rechtsgefühl des Volkes schwer erschüttern müßten.“ An letztere Aeußerung, die, wenn sie in einem sozialdemokratischen Blatte gestanden hätte, vielleicht längst zu einer Anklage geführt haben würde, knüpft nunmehr die „Vossische Zeitung“ an. Dies Blatt meint in seinem Urtheil:

„Es giebt wenig Ausschreitungen des Beamtenthums, die jeden billig denkenden und gesund empfindenden Menschen so tief empören wie die brutale Vergewaltigung eines Wehrlosen durch die bewaffneten Vertreter der Staatsgewalt im Dunkel der verschlossenen Amtskübe.“

Das gut ordnungstreuere Blatt äußert sich alsdann in bezug auf die Mittheilungen über die Begnadigungen:

„Wenn man heute maßlos von der Nothwendigkeit spricht, den Umsturz zu bekämpfen, so wird man gut thun, auch die Mittheilungen über solche Begnadigungen anzuklären, wie sie in München-Gladbach, Stettin und anderen Orten erfolgt sein sollen. Wie ist es möglich, daß ein Schuttmann, der wegen Körperverletzung zu fünf Monaten Gefängnis verurtheilt war, zu fünfzig Mark Geldstrafe begnadigt wurde? Wie ist zu erklären, daß ein Polizeibeamter, der einem Arrestanten Sabelhiebe über den Kopf versetzt, daß ihn drei Wochen lang arbeitsunfähig machen, statt der einjährigen Gefängnisstrafe, die ihm das Gericht auferlegt, nur eine zweimonatige Festungshaft abzulösen hat? Man hat auch berichtet, daß diesem Schuttmann sein Gehalt weiter gezahlt werde, daß er auch ein Amt wieder erhalten werde, sobald er freigelassen sei, obwohl das Gericht ihm auf zwei Jahre die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter abgesprochen hatte. In der That, der Justizminister sollte nicht säumen, den Sachverhalt öffentlich darzulegen und etwaige Irrthümer in den bisherigen Berichten bündig zu widerlegen. Denn das sollte sich jeder Minister sagen, daß die Mittheilung von solchen Begnadigungen, ohne jeden Zusatz, ohne jede Erläuterung, auf weite Kreise der Bevölkerung einen Eindruck machen kann, der der sozialdemokratischen Bewegung Vorjubel leistet.“

In seiner Resignation kommt das Blatt gegenüber solchen Zuständen dann zur wohlwollenden Erörterung der bisher wohl nur von notorischen Unwürdigsten aufgeworfenen Frage, ob nicht überhaupt die Begnadigung oder Strafmilderung nur auf Antrag der jeweiligen zuständigen Kammer veranlaßt werden könne. Die „Vossische Zeitung“ läßt sich weiter vernehmen:

„Sollte das Justizministerium nicht im Stande sein, die Nachrichten über die begnadigten Schulente zu berichtigen, so wird man vielfach und vielleicht auch in den Parlamenten die Frage aufwerfen, ob nicht verurtheilten Beamten gegenüber eine ähnliche Einrichtung getroffen werden müsse, wie sie durch Artikel 49 der Verfassung verurtheilten Ministern gegenüber vorgesehen ist. Dort heißt es: „In gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Ministers kann dieses Recht (der Begnadigung und Strafmilderung) nur auf Antrag derjenigen Kammer ausgeübt werden, von welcher die Anklage ausgegangen ist.“

Die „Königlich privilegierte Berlinerische Zeitung“ nennt die Gnade den besten Edelstein in der Krone. — Wir Sozialdemokraten stehen ganz erkaunt dem Umstande gegenüber, daß so patriotische Blätter wie „Vossische Zeitung“ und „Reichsbote“ zu einer solchen Kritik gedrängt werden konnten.

Aus einer Polizeiwache. Lauter Lärm ertönte am Montag Abend aus der Reservewache Nollendorferstr. 7, 1. Etage. Die Anwohner sahen deutlich, daß das Hülfsgeheiß seine wohl begründete Ursache hatte. Ein Beamter schlug auf einen Mann ein; warum und aus welchem Grunde, war allerdings nicht erkennlich. Diese Behandlung wurde ohne Waffe in Gegenwart unbetheiligter Zeugen fortgesetzt, als der Mann gekniet die Treppe hinuntergeschafft und in eine Drofalle gepackt wurde, die ihn nach dem Schöneberger Rathhause brachte. Es handelte sich, wie nachträglich bekannt wurde, in diesem Falle um den in der Winterfeldstr. 20 wohnhaften Tischler Christian Otto, der angetrunken auf die Polizeiwache gekommen sein soll, seiner Angabe nach, um dort eine Frage zu stellen. Ob der Tischler so thöricht war, sich dort ungehörig zu benehmen, sieht dahin; sehr wohl mag aber die von Otto selber energisch bestrittene Angabe der betheiligten Schulente, daß er, der Waffenslose, die bewaffneten Beamten angegriffen habe, auf Wahrheit beruhen. Daß sein angebliches Vergehen verhältnismäßig durchaus nicht schlimm war, geht schon aus der Thatfache hervor, daß er am nächsten Morgen in Freiheit gesetzt wurde.

Ueber die Folgen seiner Behandlung unter polizeilicher Obhut giebt das folgende ärztliche Attest Auskunft:

Der Tischler Christian Otto, 37 Jahre alt, habe ich gestern Nachmittag zwischen 12 und 1 Uhr einer eingehenden Untersuchung unterzogen, wobei folgender Status konstatirt wurde:

Der Mann befindet körperlich im Zustande fast völliger Erschöpfung. Sein Körper weist frische Zeichen der entsehrlichsten Verletzungen auf, und zwar:

Augen: Konjunktivalblutungen, starke Schwellungen und dunkelblaue Verfärbung der unteren und oberen Augenlider beiderseits.

Im Gesicht: Reichliche kleinere und größere Schrammen und gelbe Flecke, geschwollene Lippen.

Arme: Linker Oberarm weist auf der Streckseite eine starke Quetschung der gesamten Muskelmasse, Schwellung, sowie gelbe und dunkelblaue Verfärbung auf. Desgleichen linker Ellenbogen. Linker Handrücken hochgradig geschwollen, schmerzhaft. Linke Schulterblattgegend blutunterlaufen, geschwollen, grüngelb verfärbt.

Handen: In der Mitte der Wirbelsäule und von da nach rechts in der Ausdehnung von der Größe einer Handfläche ähnliche Effekte von Quetschung.

Denkelfen Effekte weist die Kreuzbeingegend auf.

Beine: Das ganze linke Bein einschließlich des Gesäßes stellt eine große Fläche rother, grüner, gelber, blutunterlaufener Striemen dar. In der Gegend des Hüftgelenks eine tiefe drei Zentimeter lange röhrenartige Wunde, die unter sichtbarer Durchtrennung der Muskeln in die Tiefe dringt. Im Verlaufe des Beins befinden sich noch zwei oberflächliche Wunden. Rechtes Bein weist bedeutend weniger Verletzungen auf.

Folgt Unterschrift des Arztes.

Nachdem Otto nach seiner Entlassung aus dem Polizeigewahrsam wenige Stunden zu Hause bettlägerig war, verschlimmerte sich sein Zustand derart, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Merkwürdig erging es einem Hausbewohner, der auf dem Rathhause zu Schöneberg über den Fall Beschwerde führte. Als der betreffende bei dem Polizei-Inspektor Schulz Meldung darüber erstattete, wie Otto mißhandelt worden war, antwortete der Beamte: „Wissen Sie auch, was der Mann gethan hat? Er hat seine Frau derart geprügelt, daß sie vollständig im Gips liegt; wenn ich an der Beamten Stelle gewesen wäre, hätte ich den Menschen mit dem Säbel geschlagen; der Exzedent wird sofort nach Moabit ins Untersuchungsgefängnis gebracht werden.“ Die Mittheilung des Beamten über den Zustand der Frau des Tischlers Otto ist ebenso irrig, wie die Meinung war, daß er in Untersuchungshaft kommen werde. Wie schon mitgetheilt, wurde Otto am Dienstag Morgen bereits freigelassen. Seine Frau trägt zwar einen Gipsverband, aber dieser rührt nicht von Mißhandlungen, sondern von einem Fußleiden her, an dem die Frau seit Monaten leidet. Aber selbst wenn Frau Otto von ihrem Manne geprügelt worden wäre, so hätte doch keinerlei Ursache für die Polizei vorgelegen, das Amt der strafenden Gerechtigkeit in dieser Form zu üben.

Man darf gespannt sein, wie die Angelegenheit, die in Schöneberg große Aufregung hervorgerufen hat, sich weiter entwickeln wird. Recht tröstlich ist, daß selbst Vertreter der Staatsgewalt anscheinend innige Theilnahme an dem Schicksal des Mißhandelten nehmen; als am Dienstag Morgen zwei Polizeibeamte sich in der Wohnung Otto's nach diesem und jenem wegen des Vorfalls erkundigten, trat schließlich einer von ihnen an das Krankenbett des Tischlers und nahm mit den recht herzlich klingenden Worten „Na, nun machen Sie nur, daß Sie bald wieder gesund werden“ Abschied von dem Schwerkranken.

Ueber die militärischen „Vorrichtungsmaßregeln“ aus Anlaß des Arbeiter-Sängerfestes in der Fiedelsdorfer Brauerei am Sonntag meldet noch die „Spand. Korr.“, daß in der Kaserne des dritten Brandenburgischen Trainbataillons zu Spandau für 1 Offizier und 30 Mann die Pferde gefastelt standen; die Truppe mußte sich bis 11 1/2 Uhr nachts zum Aufbruch bereit halten. Wie reimt sich das mit der berühmten Feuerprüfungsrede zusammen, die unser braver Kriegsminister eines besonders schönen Tages gegen die vermaledeite Sozialdemokratie hielt? Vielleicht giebt der Kriegsminister über den Spandauer Fall gelegentlich einmal im Reichstage Auskunft.

Beitrag des Einsiehens der Listen zur Gewerbegerichtswahl wird uns mitgetheilt, daß die Magistratsbeamten erböth sind, den Einsiehern der Listen neben den Wahlbezirken auch die Wahllokale bekannt zu geben.

In der Sitzung der städtischen Deputation II, die gestern Vormittag unter dem Vorsitz des Stadtraths Bogit im Rathhause tagte, wurden mehrere Beschlüsse von mehr oder minder großem Interesse gefaßt. Gleichzeitig mit der Regulierung der Schloßfreiheit soll an beiden Seiten des Schloßportals, gegenüber dem „Nationaldenkmal“ für Wilhelm I., die Anlage schmaler Vorgärten den städtischen Behörden zur Annahme empfohlen werden. Ferner wurde beschlossen, im Humboldtthain, und zwar an der Wiesenstraße, eine Halle für die Stettiner und Nordbahn anzulegen, die von der königl. Eisenbahndirektion zu unterhalten wäre. Dieser Beschluß wurde mit Rücksicht darauf gefaßt, daß der Antrag des Stadtr. Raff, von dem zwischen Fels- und Schwarzlopfstraße geplanten Tunnel aus einen Stichunnel nach dem Bahnsteig der Stettiner Bahn anzulegen, vor der Hand nicht ausführbar erscheint. Sodann soll ein von den Bewohnern des Nordens seit langem gehegter Wunsch in Erfüllung gehen; der Weinbergsweg, in der Nähe des Weidenauer'schen Grundstücks, soll entsprechend verbreitert und die alte, häßliche Mauer beseitigt werden.

Praktisches Christenthum. Ein Berichterstatter erzählt folgende Geschichte: Der Dichter vom Molkenmarkt, der „Vater Koch“, ein 75 Jahre alter, im ganzen Centrum Berlins bekannter und sehr beliebter Mann, mußte nach 30jähriger, emsiger Thätigkeit die Stätte seiner Wirksamkeit verlassen. „Vater Koch“ war Niether eines kleinen Kellers in der Molkenstraße, woselbst er die Risten für eine große Zahl der umliegenden Geschäfte zusammenzimerte. Durch diese Arbeit nährte sich der Mann schlicht und recht. Er war auch im Stande, die Miete während all der Jahre ordentlich zu bezahlen. Im letzten Jahre machten sich jedoch die Gebrechen des Alters geltend. Die Arbeit wollte nicht mehr so flott gehen, eine Anzahl der Geschäfte hatte die Lokale gewechselt und andere mißliche Umstände verurtheten dem Manne Sorgen. Zum ersten Male konnte er die Miete nicht pünktlich bezahlen. Der neue Wirth, ein Pastor aus der Provinz, der das Haus erst kürzlich geerbt hatte, und sich zur Zeit in Berlin aufhält, erschien mit Hammer und Nagel bewaffnet in der Molkenstraße und nagelte aus eigener Machtvollkommenheit die Kellertüre zu. Die Entrüstung des Publikums, welches diesem Vorgange beizuwohnte, äußerte sich derart, daß der Herr Pastor dem Gmüthlichen, der versichert, daß es ihm auch diesmal gelingen wäre, die kleine Miethschuld in Bälde abzutragen, gestattete, sich wenigstens sein Handwerkzeug mitzunehmen. Das Schicksal des alten Mannes wird vielfach bedauert. Vorläufig wohnt er in einem Kämmerlein im Norden der Stadt. Durch das Scheiden des Weises ist der Molkenmarkt seines Dichters und einer der originellsten und beliebtesten Personen beraubt worden. „Vater Koch“ sprach fast nur in Reimen. Bei der Verabschiedung von seinem Nachbarn sagte er wehmüthig: „Der alte Koch, er lebt zwar noch; — Doch muß' er aus dem Kellertoch. Nun zieht er in ein and'res Haus; — Bald ist auch sein Leben aus!“

Die Berliner Herbstmesse, die bis zum 26. d. Mts. währt, ist gestern im Messpalast, Alexandrinenstraße, eröffnet worden.

Bertha Noth, die früher als Model und später als Künstlerin für alles begehrt und berüchtigt war, soll jetzt von

einem sehr jungen hiesigen Grafen geheiratet werden. Es wird auch Zeit, daß Bertha den Stand der Jungfräulichkeit verläßt; die Heidin muß bereits sehr im besten Mannesalter vorgerückt sein. Das junge Ehepaar will sein Liebesglück in einem westlichen Vororte genießen.

Die gerichtliche Untersuchung der Dampferkatastrophe auf der Obersee wird vom kaiserlichen Amtsgericht, und zwar von Dr. Bornhagen geführt. Das inzwischen aufgefundenen zweite Bootstheil der untergegangenen „Loni“ soll von einem Sachverständigen begutachtet werden, um die Brauchbarkeit von Boot und Maschine festzustellen. Ob die untergegangene „Loni“ ein Signalkraft gehabt hat oder nicht, ist mit Sicherheit noch nicht ermittelt.

Mit dem Dürren- und Jählertrieb in einigen Stadttheilen hängt der Selbstmord des Hauseigenhümers Ernst Schöck aus der Ritterstraße 158 zusammen, der sich vorgestern Vormittag mit Schweinsarter Grün in seiner Wohnung vergiftet hat. Auf Schöck's großem Grundstück, das zwei Höfe hat, befinden sich eine ganze Anzahl Kuppelquartiere, die von der Sittenpolizei nach und nach immer häufiger kontrollirt wurden. Diese Kontrollen wurden dem Hauseigenhümer un bequem. Er achtete in der letzten Zeit angeßlich selbst sehr scharf auf das Treiben seiner Mieter und kündigte zum 1. Juli alle Betheiligten. Nachdem diese ausgezogen waren, zeigte sie Schöck wegen Kuppel an. Vor einigen Tagen erhielt er in dieser Angelegenheit eine Zustellung. Es scheint, daß er eine Klage fürchtete und deshalb Hand an sich legte.

Aus einer Privat-Irenenanstalt bei Kesslgen entwichen ist, der „Staatsbürger-Zeitung“ zufolge, der 53jährige Ober-Stabsarzt A. D. Reuß aus Berlin. Da der Flüchtige sich ohne alle Aarntmittel entfernt hat, wird angenommen, daß er zu seinem Weiterkommen seine goldene Uhr zu Gelde gemacht hat.

Von der elektrischen Bahn überfahren und schwer verletzt wurden vorgestern Abend zwei Kinder. Als eine Frau mit ihrem vierjährigen Töchterchen über die Wasserthorbrücke ging, kam ein Wagen schnell herangefahren. In ihrer Aufregung ließ die Mutter das Kind von der Hand, das von dem Wagen erfasst und bei Seite gestoen wurde. Die Kleine hat erhebliche Verletzungen an den Beinen erlitten. Der zweite Fall ereignete sich in der Belle-Alliancestraße, wo nahe der Dragonerkaserne ein Kind unter einen Wagen geriet und schwere Verletzungen erlitt.

Ein gebildeter Dieb. Laut Bekanntmachung am schwarzen Brett der königlichen Thierarzneischule ist dem Professor Schmalz aus seinem Zimmer ein werthvolles Mikroskop gestohlen worden. Der Thäter, der nach der Bekanntmachung mit der Handhabung des Mikroskops wohl vertraut sein dürfte, scheint die Räumlichkeiten der Hochschule gekannt zu haben. Das Rektorat fordert die Studirenden auf, bei der Heranziehung des Schuldigen sich zu betheiligen.

Der Kameruner Sonntag, der seit dem 6. d. M. in der Charité lag, ist dort gestern Abend an einer Lungenentzündung gestorben. Er war am Sonntag vor acht Tagen bei einem Welt-rudern der Kamerun-Neger auf dem Karpenteich in der Gewerbe-Ausstellung, bei dem es zu einer Prügelei kam, ins Wasser gefallen und scheint sich hierbei den Todeskeim geholt zu haben.

Aus den Nachbarorten.

Nochmals die Amtsette des Spandauer Bürgermeisters. Mit Mühe wird das Publikum von folgender Meldung Kenntniß nehmen: Viel besprochen wurde in Spandau feinerzeit die Amtsetten-Angelegenheit. Damit das Stadtobhaupt und der Vorstand der Stadtverordneten-Versammlung bei festlichen Gelegenheiten durch ein äußeres Zeichen ihrer Würde besser erkannt werden könnten, hatten die hiesigen Körperschaften beschlossen, daß goldene Amtsetten für beide beschafft werden sollten. In einer Vollversammlung äußerten sich ein Stadtverordneter und ein anderer Einwohner der Stadt in häßlicher Weise darüber, was ihre Verurtheilung wegen Verleumdung städtischer Vertreter zu je 100 M. Geldbuße zur Folge hatte. Als nun aber vom Magistrat bei der Aufsichtsbekörde die erforderliche Genehmigung zur Führung der Amtsetten beantragt wurde, erfolgte ein ablehnender Bescheid. Auf nochmalige Vorstellung ist, wie der „Berliner Börsen-Courier“ berichtet, die Auszeichnung des Tragens einer Amtsette nur dem Oberbürgermeister Köhler persönlich zu theil geworden, der durch Kabinettsordre die Erlaubniß zur Anlegung der goldenen Amtsette erhalten hat.

Durch die elektrische Straßenbahn in Spandau ist am Dienstag der dritte Unfall mit tödlichem Ausgange verursacht worden. Das Opfer ist diesmal eine 66 Jahre alte Frau, die unter recht traurigen Umständen ihren Tod gefunden hat. Ihr Entfind stand auf dem Straßenbahngleise, als sich ein Motorwagen näherte; schnell riß sie das Kind fort, dabei wurde sie selbst aber von dem Wagen erfasst und überfahren; sie starb eine Stunde später in dem Hause ihres Sohnes. Der zweite verhängnisvolle Unfall ereignete sich am Sonntag, wo ein 88jähriger Mann, ein Rentier aus Neubitz, der bei seinem Söhnen in Spandau zu Besuch war, von einem Motorwagen überfahren wurde. Der Mann ist den davongetragenen Verletzungen erlegen. Das erste Opfer der elektrischen Straßenbahn war im Juni ein 85jähriger Bureauassistent.

Der Artillerist, welcher am Tage des Einzuges der Garde-Fuß-Artillerie aus Küstern in Spandau aus einem Fenster des dritten Stockwerks der Strefow-Kaserne auf den gepflasterten Hof hinabstürzte, hat bei dem Unglück beide Beine gebrochen und auch innerliche Verletzungen davongetragen. Sollte er mit dem Leben davonkommen, so dürfte er aber zum Militärdienst nicht mehr tauglich sein.

Eine aufregende Kirchhofszene spielte sich am Sonntag, den 9. August, auf dem Friedhofe in Nimmelsburg ab, als der im Nimmelsburger See ertrunkene Sohn unseres Parteigenossen G e s t e beerdigt wurde. Ein Verwaltungsbeamter der Krankenkasse, welcher der Verunglückte angehört hatte, legte am Grabe einen Kranz mit rother Schleife nieder und sprach dabei folgende Worte: „Dem in der besten Jugendblüthe so plötzlich Verstorbenen widmet die Verwaltung als letzten Scheidegeschenk diesen Kranz. Schlummere sanft Du junger Freund!“ Nachdem diese doch wahrlich in keiner Beziehung tenoensösen Worte gesprochen waren, legte der Friedhofsinspektor seine Hand an Arm und Brust des Sprechenden und forderte ihn auf, seinen Namen zu nennen. Um jede Störung am Grabe zu vermeiden, erklärte der Kranzspender, daß er diesem Verlangen nur auf dem Amtszimmer nachkommen werde. Als der Inspektor mit dem Krankenkassen-Beamten wieder aus dem Bureau an die Grabstätte zurückgekehrt war, hat er die erklärlicherweise auf das äußerste aufgeregtet Leidtragenden um — ein silbes Gebet!

Später verlangte der Friedhofsinspektor nach den Namen eines Mannes zu wissen, der sich über das Vorgefallene geäußert hatte und schließlich forderte er diesen im schnellsten Tempo dreimal hintereinander auf, den Friedhof zu verlassen. Außerhalb des Kirchhofs kam es abermals zu einer Auseinandersetzung, die gar mit der Drohung des Inspektors endete, einen Gendarmen holen zu wollen. Die Leidtragenden zogen jedoch ruhig und unbehelligt ihres Weges. Ein älterer Herr aus Nimmelsburg, der auf dem Friedhof während der Szene zugegen war, wollte wissen, daß der Friedhofsinspektor erst ganz kurze Zeit seinen Posten bekleide.

Aus Potsdam wird der hiesigen „Abendpost“ folgendes Jdyl berichtet: Geschmuggelt wird in Potsdam, woselbst noch Schlacht, Geflügel- und Wildpreisenversteigerung und an der Weichbildgrenze, sowie an der Langen Brücke Steuergebäude stehen, in allen Gesellschaftskreisen. Es hat einen eigenen Reiz, Fleischwaaren

unverküert einzuführen und damit lästigen Plackereien zu entgehen. Dieser Tage wurde die 18jährige Tochter des Stadt-Kommandanten, Generals von Bülow, dabei abgefahst, wie sie einen großen Schinken durch die Steuerkontrolle auf der Langen Brücke schmuggeln wollte. Der Schinken wurde konfisziert und kann nach Zahlung der doppelten Steuerstrafe zum Taxpreise zurückgelauft werden. Vor Jahren wurde auch einmal ein Hofpreidiger abgefahst, als er Hasen nach Potsdam eingeschmuggelt hatte. Trotz der allgemeinen Unbeliebtheit der Schlachtsteuer entschließen sich die hiesigen Behörden nicht, dieselbe abzugeben, weil dies eine bedeutende Erhöhung der Gemeinde-Einkommensteuer zur Folge hätte.

Die wegen angeblichen Gistmordes ihres Mannes seit längerer Zeit inhaftirte Wittwe Scheitner in Rixdorf hat im dortigen Amtsgerichtsgefängnisse eine über sie wegen Betruges und Unterschlagung verhängte Freiheitsstrafe verbüßt und ist nach dem Frauengefängniß in der Barnimstraße hieselbst übergeführt worden, wo sie ebenfalls noch einige Strafen wegen Betruges abzumachen hat. Nach Absolvirung der letzteren Strafen wird die Scheitner wieder in Untersuchungshaft genommen werden, da, wie verlautet, die Anklage wegen Gistmordes gegen sie erhoben ist.

Witterungsübersicht vom 12. August 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (90 F.).
Swinemünde . . .	762	W	1	Regen	15
Hamburg . . .	763	WSW	2	bedeckt	15
Berlin . . .	763	W	4	bedeckt	16
Wiesbaden . . .	766	WS	1	bedeckt	16
München . . .	766	WS	4	halb bedeckt	14
Wien . . .	760	W	3	bedeckt	15
Saparanda . . .	765	W	2	halb bedeckt	12
Petersburg . . .	762	OSO	1	heiter	12
Cord . . .	773	WS	4	halb bedeckt	17
Aberdeen . . .	766	W	1	wolfig	15
Paris . . .	768	WS	2	heiter	17

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 13. August 1896. Ein wenig kühler, vielfach wolfig, zeitweise heiter, mit mäßigen nördlichen Winden; keine oder unbedeutliche Niederschläge.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Das geplante großartige Feuerwerk an der Spree kann infolge des Einspruchs des Branddirektors Gierberg sowie der Feuerversicherungs-Gesellschaften nicht stattfinden. Nachdem durch Vermittelung der Direktion der Dampfergesellschaft „Stern“ sowohl der Amtsvorsteher von Stralau als auch der Kirchenrath dieses Ortes die Genehmigung zur Abhaltung des Feuerwerks gegeben und dasselbe soweit gefestigt schien, ist in letzter Stunde, wie die Festkommission der Direktion der „Stern“-Gesellschaft mittheilt, das Feuerwerk aus Gründen der Feuer-sicherheit unterlag worden. So werden die ehesten und bedeutendsten Veranstaltungen des Berliner Gewerbe-festes im Reime erstickt. Ist es da ein Wunder, wenn der Ausdehnung nach-gelagt wird, sie gäbe kein Bild von Können der Berliner Industriellen?

Wohin die Ausbeutung der Kellner führt. Eine größere Anzahl von Kellnern der Fischlokale in der Ausstellung ist gestern Morgen entlassen worden, man spricht von einigen zwanzig. Der Grund zu dieser Maßregel liegt darin, daß mehrere Gäste am letzten Sonntag Beschwerde führten, daß sie bei der Bezahlung durch die Kellner überfordert worden seien. Die Untersuchung ergab denn auch, daß seit längerer Zeit denjenigen Gästen, die 40 Pfennig-Portionen verlangt und bezahlt hatten, 30 Pfennig-Portionen geliefert worden waren. Bekanntlich giebt es in der Fischlokale nur diese beiden Preise für Fischgerichte, und zwar 30 Pf für Schellfische, 40 Pf. für andere Fischarten. Die Entdeckung dieser Manipulationen führte zur Entlassung der Kellner.

Was sollten die Entlassenen machen? Gehalt gab es bei angestrengter Arbeit nicht; die Trinkgelder waren gering und unzureichend zur Ernährung, also blieb den Ausbeuteten nichts übrig, als das Publikum zu betrügen. Moralisch steht der Betrag kaum schlimmer da, als der Raub selbst der honestesten Witthe, von dem Kellner eine Fülle von Arbeitsleistungen zu verlangen, ohne dafür auch nur einen Pfennig Lohn zu zahlen.

Einem Prozeß um 25 000 M. gegen den Arbeits-ausschuß der Gewerbe-Ausstellung hat die Brauerei Gregory angestrengt und zwar aus folgenden Gründen: Die Bodoraueri und die Brauerei Gregory haben an dem großen Droschken-Halteplatz, der außerhalb der Ausstellung neben der Verbindungsbahn zwischen der Köpenicker Landstraße und der Treptower Chaussee liegt, je einen großen Kiosk an eingerichtet. Mit Rücksicht darauf, daß der erwähnte Halteplatz der einzige öffentliche an der Ausstellung sein sollte, ist die Brauerei Gregory auf den geforderten Mietpreis von 25 000 M. eingegangen. Nach Eröffnung der Ausstellung aber hat der Arbeitsausschuß an der Treptower Chaussee vor dem Hauptportal noch einen zweiten Halteplatz eingerichtet, sowie auch einem Unternehmer die Konzession zur Anlegung einer Schenkwirtschaft auf diesem Plage erteilt. Hierdurch fühlte sich nun besonders der Pächter des Kiosks der Gregory-Brauerei derart benachtheiligt, daß er sich weigerte, vom Tage der Eröffnung des zweiten Halteplatzes an die Miete von 25 000 M. zu zahlen. Da jedoch der Arbeitsausschuß auf seinen Schein bestand, so ist nunmehr die Brauerei klagbar geworden.

Der Stralauer Fischzug soll gelegentlich der Gewerbe-Ausstellung galvanoisirt werden. In einen Festzug will man allerhand Hafuspokus hineindringen. Als ob heute noch etwas möglich wäre, was auch nur einem Volksfest ähnlich sähe.

Kunst und Wissenschaft.

Ein Opfer des Religionsparagrafen. Oskar Panizza ist aus Amberg, wo er wegen „Vergehens wider die Religion“ eine einjährige Gefängnißstrafe abgehft hat, jetzt wieder nach München zurückgekehrt. Seine Freunde bereiteten ihm einen herzlichen Empfang. Die Verurtheilung war, wie erinnerlich, erfolgt, weil der Gerichtshof in Panizza's eigenartigem Drama „Das Liebeskonzil“ eine Beschimpfung der christlichen Religion erblickt hatte.

Ueber André's Nordpolfahrt liegen zwei Meldungen vor, von denen namentlich die letzte, wenn sich deren Richtigkeit bestätigt, bedeutungsvoll ist. Die eine aus Hammerfest vom 11. August datirt, lautet:

Der Dampfer „Lofoten“ kam heute hier an und brachte die Meldung, daß André bis zum 4. d. M. noch nicht aufgestiegen war. Dreißig Meilen südlich von Spitzbergen bekam die „Lofoten“ S i d w i n d. Es sei daher möglich, daß André am Sonntag aufgestiegen ist.

Wichtiger ist die zweite Meldung, die aus Ottawa in Kanada kommt:

Die Regierung erhielt aus Victoria in British-Kolumbia folgende Drohmeldung: Der Agent Louis erhielt von zwei zur Zeit weit von einander entfernten Indianertrüps die glaubwürdige Nachricht, daß André's Ballon unter 55 Grad 15 Minuten nördlicher Breite und 127 Grad 40 Minuten westlicher Länge mit fast nördlichem Kurse beobachtet worden sei.

Das „Kronblatt“ veröffentlicht am gestrigen Mittwoh die nachfolgende von André am 8. August in dem Hafen, wo die „Virgo“ ankert, abgefertigte Depesche: „Der Ballon steht seit mehreren Tagen gefüllt. Alles ist zur Abfahrt fertig. Alles ist bisher nach den Voraussagungen verlaufen, der Wind ist aber andauernd nördlich. Uebrigens ist alles wohl. André.“

Gerichts-Beitung.

Aus wech' geringfügigen Anlässen bisweilen Klagen erhoben werden, zeigte eine Verhandlung, welche gestern vor der sechsten Berufungs-Strafammer des Landgerichts I. stattfand. Eine Blumenhändlerin, die Wittve Zettling, fand Ende 1894 auf dem Spittelmarkt in Straßenschmuck eine Schere, welche neu etwa 1 M. bis 1,50 M. gekostet haben konnte. Die Frau nahm die Schere mit nach Hause, reinigte sie und schenkte sie ihrer Tochter. Nach etwa einem Jahre wurde sie durch den Besuch eines Kriminalbeamten überrascht. Derselbe beschlagnahmte die Schere im Auftrage der Behörde, bei welcher eine Anzeige ohne Unterschrift eingegangen war, worin über den Fund berichtet wurde. Frau Zettling, eine völlig unbescholtene Frau, erhielt eine Anklage wegen Fundunterschlagung. Sie wurde auch vom Schöffengericht zu der zulässig niedrigsten Strafe, drei Mark oder einen Tag Gefängniß, verurtheilt. In der Berufungsinstanz hat sie, man möge ihr ihre Unbescholtenheit nicht nehmen, sie habe die Schere wirklich nicht für so werthvoll gehalten, daß sie das Abliefern bei der Polizei für nothwendig erachtet und außerdem sei sie der Uebergabe, daß die Verliererin sich nie gemeldet haben und wieder zu ihrem Eigenthum gekommen sein würde. Der Staatsanwalt beantragte Verwerfung der Berufung, der Gerichtshof war aber der Ansicht, daß die Angeklagte nicht der Rechtswidrigkeit ihrer Handlung bewußt gewesen und erkannte deshalb unter Aufhebung des ersten Urtheils auf Freisprechung.

In dem Prozeß gegen die Inhaber der früheren „G a m b u r g e r H a n d e l s b a n k“ Reska und Genossen wurde am Montag das Urtheil verkündet. Das Landgericht verurtheilte den Angeklagten Reska wegen 8 vollendeter und 14 versuchter Betrugsfälle zu 4 Jahren Gefängniß und fünfjährigen Ehrverlust. Homann wurde wegen 5 vollendeter und 6 versuchter Betrugsfälle zu 9 Monaten und Kampmann wegen 8 vollendeter und 3 versuchter Betrugsfälle zu 5 Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Angeklagte Scharin wurde kostenlos freigesprochen.

Versammlungen.

Die in Buchbindereien, Album-, Karton-, Karto-, Lederwaaren- und Zuzuspapier-Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen waren am Dienstag dem Rufe ihrer Lohnkommission zu einer öffentlichen Versammlung in Massen gefolgt. Mehr als 2000 Personen füllten den großen Keller'schen Saal in der Koppenstraße bis auf den letzten Platz. Buchbinder Paul Schneider und Stadtverordneter Wille referirten unter stürmischem Beifall über das Thema: „Der Streik, ein Mittel zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen“. Wie sie, so auch A. Sailer die Versammelten an, in jeder Beziehung für Wachstum und Kräftigung der Organisation zu sorgen und im Falle des Streiks mit Fähigkeit und Energie für die Verbesserung ihrer Lage einzutreten. Den Kollegen in sogenannten besseren Stellungen legte Redner es dringend nahe, sich nicht von der Bewegung fern zu halten, sondern ihren schwächeren Arbeitsgenossen im bevorstehenden Kampfe für längere Arbeitszeit und höheren Lohn solidarisch zur Seite zu stehen. — Paul Schneider theilte hierauf mit, daß es das Prinzip der Lohnkommission sei, in allen Branchen der Buchbinderei durch eine Umfrage annähernd die Vetheiligung an der Bewegung festzustellen. Aus der Kontobuchbranche liege bereits ein Resultat vor, und zwar habe die übergroße Mehrheit der besagten Kollegen sich für diese Bewegung ausgesprochen. Die Aufstellung des Tarifs sei erfolgt und es habe sich auch bereits eine Delegirtenversammlung der Buchbinder mit denselben einverstanden erklärt. Zu den bekannten grundlegenden Forderungen der neunstündigen Arbeitszeit und des Minimallohnes von 21 M. sei die eines Mindestlohnes für Arbeiterinnen gekommen, den man auf 18,50 M. beziffert habe. Verändliche seien im Tarif auch die Motorarbeiter und Arbeiterinnen. Die Einzelheiten des Tarifs durchzunehmen, sei momentan nicht a-gänglich; es müsse dies den Branchenversammlungen vorbehalten bleiben, welche in nächster Zeit stattfinden würden. — Ein Albumarbeiter erklärte, daß seine Branche bei der Lohnbewegung voraussichtlich nicht in Frage komme. — D e r g m a n n drückte den Wunsch aus, daß die Angehörigen der Zuzuspapier-Industrie sich noch mehr aufraffen möchten, wie das bisher geschehen sei. Frau Greifenberg, welche dann das Wort nahm, wandte sich hauptsächlich an die anwesenden Arbeiterinnen. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die freie Konferenz in Braunschweig“, referirte S c h u l t z e. Um der Lohnbewegung den Erfolg zu sichern, sei ein einheitliches Vorgehen der Kollegenschaft aller in betracht kommenden Industriezweige von nöthen. Da es nun aber der Verband-vorstand abgelehnt hatte, einen Verbandstag einzuberufen, eine briefliche Aussprache jedoch nicht genüge, so habe die Berliner Lohnkommission eigenmächtig eine freie Konferenz nach Braunschweig einberufen. Man habe geglaubt, sich nicht an die statutarischen Bestimmungen des Verbandes halten zu brauchen, weil außerordentliche Verhältnisse auch außerordentliche Maßnahmen erforderlich machten. Aus einer ganzen Reihe von Städten seien Sympathiekundgebungen eingelaufen, auch wären schon Delegirte ernannt worden. Der Südwesten und Süden habe sich indessen ziemlich ablehnend verhalten, weshalb es sich empfehle, die Konferenz nach Berlin zu verlegen. Die Versammlung sollte gegen eine Stimme den Beschluß, es der Lohnkommission anheim zu stellen, die Delegirten nach Berlin einzuladen. Darauf trennte man sich mit einem begeisterten Hoch auf das Gelingen der Lohnbewegung.

Arbeiter-Gängetand Berlin und Umgegend. Vorsitzender Ad. Reumann, Vizevorsitzender S. Ulls Reuberungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Rortum, Mauerstr. 49, v. 2 Z.

Fund der geistlichen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Alle Aufschriften, den Fund betreffend sind zu richten an: Germania S a d u, Schönhauser Allee 177 c.

Central-Anken- und Herbehalte der Kischler und gewerblich. Arbeiter. Die Ortsverwaltungen Berlin und Umgegend veröffentlichen die Verordnungen, den 14. August, abends 6 Uhr, Köpenickerstraße 68 bei Schöning, S. M.: G. Hofe, Palmstr. 17.

Gastiere, Vereine, Vertriebsmacher. Deuts Abend 10 Uhr: Große öffentl. Versammlung in den Mininshälen, Kommandantenstr. 20. Referent: Kollege Hofmann, amfurt a. M.

Die Händler und Händlerin von Berlin und Umgegend werden hierdurch auf die am Freitag, den 14. August, abends 6 Uhr, in Wacker's Salon, Grenadierstr. 28, stattfindende öffentliche Besprechung aufmerksam gemacht. Betrifft über: Die Entwicklung des Handels und Retail's. Referent: Salkmann, Jahrbuch-Vereinigungen der Kollegen und Kollegen in notwendig. Die Agitation-Kommission.

Vermischtes.

Von der gebildeten Jugend. Von einem groben Studenten z e g e s wird aus L u b i n g e n berichtet. In der Nacht vom 5. d. wurde, laut Mittheilung des „Staatsanzejgers“, in Lübingen polizeiliche Hilfe in eine Wirthschaft gerufen, weil einige Studenten anhergewöhlichen Standal machten. Einer derselben hatte den Einschenkerarm befestigt und wollte sich trotz verschiedener Aufforderungen des Wirthes und seiner Leute nicht davon entfernen. Als er beseitigt werden sollte, schoß er mit einer Pistole die Lampe herunter und bedrohte einen Beamten mit Erschießen.

Eisenbahnunglück und Ueberschwemmung. Die „Münch. Neuesten Nachrichten“ melden aus W i e n: Südlich von S a l z b u r g bei Sulzau wurde heute Nacht ein Güterzug durch

eine Erdlawine verschüttet. Die Lokomotive und ein Wagen entgleisten. Zwei Personen sind schwer verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend. Der Verkehr ist bis morgen unterbrochen. Der Marktreden Werfen ist theilweise abgebrochen. Es regnet unaufhörlich. Die Salzhäute steigen stark.

Die Hitze in Nordamerika. Aus New-York wird vom Dienstag berichtet: Infolge der übermäßigen Hitze sind hier heute 48 Personen gestorben, 100 sind auf der Straße umgefallen. Die Hospitale sind mit Kranken überfüllt. Die Gesamtsumme der am Hitzschlag Gestorbenen beträgt 226.

Desgleichen aus Chicago: Heute sind hier infolge von Hitzschlag 25, gestern 51 Personen gestorben. Die öffentliche Gesundheit ist durch Hunderte von Pferde-Kadavern, welche auf den Straßen herumliegen, gefährdet.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde fällt diese Woche aus. H. Orlich. Machen Sie von dem vermeintlichen Betrug der Polizeibehörde Mitteilung.

54. 1. und 2. Rein, die Sachen der Ehefrau hatten für die Rente 8. Ja. — K. P. 3. 1000. Der zweite Mann hat sich nicht, wohl aber der Nachlass des ersten Mannes. — G. R. B. Lassen Sie es auf eine Klage des Quacksalbers ankommen. Wegen der Drohung, Ihre Krankheit, falls Sie nicht zahlen, dem Chef mitzutheilen, wenden Sie sich an den Staatsanwalt mit dem Antrage wegen versuchter Nötigung oder Erpressung vorzugehen. Deshalb wenden Sie sich an infizierende Quacksalber? Wir nehmen solche Betrugsannoncen nicht auf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 18. August.
Neues Opern-Theater. (Kroll.) Die Africana.
Deutsches Theater. Die Weber.
Leistung-Theater. Komtesse Gunderl.
Schiller-Theater. Was ihr wollt.
Neues Theater. Tata-Tata.
National-Theater. Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.
Residenz-Theater. Der Stellvertreter. Vorher: Erlauben Sie Madame!
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Belke - Alliance - Theater. Ganze Hüte und de l'ütte Pudel.
Theater Inter den Linden. König Chilperich.
Alexanderplatz - Theater. Die offizielle Frau.
Kaufmann's Variété. Gefälschte Jungen. Die Welt geht unter.
Friedrich-Wilhelm-Stadt. Konzertpark. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo - Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater. (Wallner-Theater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: Was ihr wollt.
Freitag, abends 8 Uhr: Was ihr wollt.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Sensationeller Sacherfolg!
Zum 76. Male:
Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.
Große Fosse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Hugo Bussa.
Regie: Fritz Schäfer.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
National-Theatergarten.
Großes Konzert. Spezialitäten 1. Rang. Theaterkinder.

Alexanderplatz-Theater.
Alexanderstr. 40.
Direktion: Max Samst.
Sensationellste Novität der Saison.
Zum 27. Male:
Die offizielle Frau.
Schauspiel in 4 Akten nach Savage's Roman von J. Lehmann.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Direktion: Richard Schultz.
Donnerstag, den 18. August 1896:
Zum 266. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Fosse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von W. Mannstädt und J. Freund.
Musik von Julius Eindehoffer.
Anfang 8 Uhr.

Viktoria-Brauerei
Lützowstrasse III/112
(nahe Potsdamer Brücke).
(Garten resp. Saal.)
Heute,
sowie täglich (außer Sonnabends):
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)
Anfang präz. 8 Uhr.
Entrée 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).
Heute nach der Soiree:
Tanzkränzchen.
Zum Schluss: Zum unbedingt vorletzten Male:
Cavalleriaschufficiana.

Urania.
Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte Invalidenstr. 57-62
Lebt. Stadtbahnhof
täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
Eintritt 50 Pf.
Näheres die Tagesanschlüge.

Adolph Ernst-Theater.
Sechste Woche unter Dir. Adolph Ernst.
Anfang 8 Uhr.
Charley's Tante.
Schwank in drei Akten
von Brandon Thomas.
Repertoirestück des Globe-Theaters
in London.
Vorher: Die Bajazzi. Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Sommer-Garten ist geöffnet.

Alt-Berlin.
Bei günstiger Witterung nachmittags
1/4, 1/2 und 3/4 Uhr:
Drei grosse historische Umzüge.
Altddeutsches Musikkorps. Kapellmstr.
Stroller.
Wiener Elite-Kapelle à la Strauss
Kapellmeister Fischer.
Sänger-Gesellschaft „Flora“,
20 Personen, in Bierländer Kostümen.
Eintritt: 25 Pfg.

Arbeiter-Bildungsschule.
Vorstellungen im Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.) (Wallner-Theaterstrasse.)
Zur Aufführung gelangen:
16. August, nachm. 3 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Lustspiel in 4 Aufzügen von Wolzogen und Schumann.
23. August, nachm. 3 Uhr:
Romeo und Julia.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.
Preis des Platzes 60 Pf. Garderobe frei.
Eine Verlosung der Plätze findet nicht statt, da die Plätze im I. Parquet und I. Rang-Balkon gleichwerthig sind.
Kassen-Eröffnung 2 Uhr. Beginn der Vorstellung 8 Uhr.
Einlasskarten zu diesen Vorstellungen sind bis Sonntag früh in folgenden Zahlstellen und Geschäften zu haben:
S.: Hans Baake, Buchhandlung, City-Passage; Gottfried Schulz, Admiralstr. 40 a; W. Börner, Ritterstr. 15; SO.: Südost-Schule, Waldemarstrasse 14; Streit, Naumynstrasse 86; Scholz, Wrangelstrasse 32; Tolksdorf, Görliitzerstr. 57; Schöning, Köpnickstr. 68; O.: Homuth, Wallner-Theaterstrasse 20; Hoffmann, Blumenstr. 14; Moritz, Langestr. 65; Wilke, Andreasstrasse 26; Kothe, Koppenstr. 90; NO.: Reul, Barnimstr. 42; C.: Babel, Rosenthalerstr. 57; N.: Gleinert, Müllerstr. 7; Nord-Schule, Müllerstrasse 179 a; NW.: Löffler, Stephanstr. 29 (Eingang Salzwedelerstrasse); W.: Werner, Bolowstr. 59; SW.: Grabe, Mariendorferstr. 5; Windhorst, Junkerstr. 1; Ochs, Lindenstr. 59.
Bei Homuth, Wallner-Theaterstrasse 20, sind Billets bis zum Sonntag Nachm. 2 1/4 Uhr zu haben. Wir bitten, sich zeitig mit Billets zu versehen.
Der grosse Theatergarten ist den Besuchern der obigen Vorstellungen von 2 Uhr nachmittags an geöffnet.
Der Vorstand der Arbeiter-Bildungsschule.
6/20 I. A.: Heinrich Schulz, Kaiser Franz-Grenadier-Platz 7.

Ostbahn - Park
Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschock.
Kaffeeküche 3-5 Uhr. — Entrée 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis.
Volkshelmsungen jeder Art. 4 Regelbahnen zur Verfügung.
Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.
Sonntags Entrée 20 Pf., Kinder 10 Pf. H. Jmbs.

2 Vorstellungen täglich
Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr.
Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia
Riesentheater.
Grösstes Schaustück der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!

Am Königsthor. **Schweizer Garten** Am Friedrichshain.
Täglich: Vorstellung.
Theater und Spezialitäten.
Die Männer im Mond.
Entrée 30 Pf. Volkshelmsungen und Ball.

Castan's Panopticum.
Neu!! Neu!! Neu!!
hochsensationelle
Neuheiten
die ein Jeder
sehen muss!

Apollo-Theater
und Konzert-Garten
Friedrichstraße 218. Dir. J. Glück.
Ein Abenteuer im Harem.
Burleske mit Gesang u. Tanz in 1 Akt.
Alkers Wasserpantomime.
Unerreichte Schwimms- und Taucherkünste.
Eine Scene im Zoologisch. Garten.
Urdrast. Pantomime der 6 Senetts
u. i. w. u. i. w. u. i. w.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Konzert
7 Uhr. — Anf. der Vorstell. 8 Uhr.

Spezial-Ausstellung
KAIRO
ab 7 Uhr nachm. ohne Gewerbe-
Ausstellungs-Billet zugänglich.
Von 10 Uhr vormittags geöffnet.
Riesen-Arena:
5 und 8 1/2 Uhr nachmittags.
Massen-Schaustellungen
der **Beduinen.**
Konzert von 4 Kapellen.
Entrée 50 Pfg.
Kinder unter 10 Jahren an allen
Tagen die Hälfte.
Erlaubt Montag 1 Mk.
Illuminationstag: Freitag ab 5 Uhr
1 Mk. Entrée.

Puhlmann's Vaudeville-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Jeden Abend 7 1/2 Uhr: Kolossaler
Erfolg!
**Der Frach in der Gewerbe-
Ausstellung,**
sowie 15 Spezialitäten-Nummern
1. Rang.
Anfang 4 Uhr.
Entrée 30 Pf. Reserv. Platz 50 Pf.

Reichshallen-Garten
oder Saal.
Leipziger - Straße, am Dönhofsplatz.
Täglich
Norddeutsche Sänger
Heute, Mittwoch:
Zum 104. Male:
Die Alt-Parodie
Alle fünf Barrisons
Außerdem ganz neu:
Goldschulze.
Ensemble-Scene.
Anfang: Sonntags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entrée 30 Pf. Reserv. Platz 50 Pf.

Kaufmann's Variété.
Budapester
Posen- u. Operetten-Theater
Direktion: Gebrüder Herrfeld.
Donnerstag, den 18. August 1896:
Gefälschte Zungen.
Operette von J. Armin.
Ferner zum 44. Male:
Die Welt geht unter.
Lustspiel
von Donald Herrfeld.
Anfang 8 Uhr. Preise f. Platz.
Avis!
Einem geschätzten Publikum zur
gefl. Nachricht, daß wir unser
Gastspiel in Kaufmann's Variété
am 25. d. M. beenden und Sonn-
abend, den 29. August unsere
Vorstellungen für die Winter-
saison 1896/1897 in dem gänzlich
neu renovierten Quarg's Vaude-
ville - Theater, Alexander - Platz,
nieder eröffnen.
Hochachtungsvoll Die Direktion.
Gebr. Herrfeld.

W. Noack's Sommer-Theater.
Brunnenstr. 18.
Täglich:
Konzert und Theater-Vorstellung.
Im Saal: **Gr. Ball.**
Das große Loos.
Schwank in 1 Akt von Schmasow
Neu! Neu!
Das Amazonen-Corps
oder
Berliner Sportnadel.
Burleske mit Gesang u. Tanz in 1 Akt
von Walther Geide.
Auftr. hervorragender Spezialitäten.

Passage - Panopticum.
42 wilde Weiber
aus Dahomey.

Feldschlößchen
142 Müllerstraße 142.
Telephon: Amt Moabit 1213.
Täglich:
Konzert, Theater.
Spezialitäten - Vorstellung.
Hermann und Dorothea.
Sonntags: Großer Ball.
Mittwochs: Tanzkränzchen.
Theodor Boltz, Deconom.

Fruchtweine
Johannisherrnwein, weiß und roth, Stachel-
beerwein, Heidelbeerwein 1 Pf. (1/2 Liter) 15 Pf.,
1 Liter 1 Mark 25 Pf.

pro Glas. **10 PENNING** 1/10 Liter.
Kohlensäure der Berliner Groß-Debitations-
Brauerei Gewerbe-Ausstellung
Klein, Gieseler, Höltschke, Marzahn, Schiele.
Eugen Neumann & Co.
Detail-Verkaufsstellen:
Belle-Alliance-Platz 8 a. V. (Königsplatz 81. Oranien-
heide 6. Genthinerstr. 29. Potsdam: Bismarckstr. 7.

Möbel, gebrauchte, kauft Barow,
Postentw. Nr. 13.
Eine fast neue Bettstelle m. Matratze
billig zu verk. R. Hochstr. 20 v. IV.
Schlosserei wegen Todesfalls billig
zu verk. Bittve Lipinsky, Markt-
großenstraße 104. 81106
Knopfloch-Maschine, 2 nabl. ist z. v.
Preuß. Mantelstr. 120.
O. Schmidt's Restaurant, Hochstr. 92.
Saal f. Vereine und kleinere Gesellsch.
Naumynstr. 32, Schlafstr. 2 G. sep. Halle.

Arbeitsmarkt.
Holzarbeiter!
Die Lohnunterschiede bei Fische,
Schwedterstr. 5, sind noch nicht er-
ledigt. **Fajug fernhalten!**
Bautischler finden bei gutem
Verdienst dauernde Arbeit auf Müde's
Werke, Lindow i. d. Mark. 56788

Plattenmacher 89038
auf Mahler finden dauernde Beschäf-
tigung bei Raffel & Fleischer, Weißstr. 7
Circa 50 **Simonmacher** werden
bei Weltener Lohnzettel sof. verlangt u.
finden dauernde Beschäftigung auf
Mücke's Werke, Lindow i. d. Mark
Bahnhofstation Gransee (Stett. Bahnhof).

Ein Mann, der mit der Fabrication
von Zeitungsfarbe vertraut ist, findet
passende Stelle in einer guten Farben-
fabrik in Danemark. Offerten sub
„Farbe 7578“ mit näheren Angaben
bis 16. August an Ang. J. Wolff & Co.'s
Ann.-Bur., Koppenhagen K., erb. [114M
Kartonarbeiterrinnen in u. außer
dem Hause verlangt. [81066
H. Wolff, Neue Friedrichstr. 48.
Verfälscher auf matt. Kanten verl.
S. Bergemann, Mühlauerstr. 29.
Geübte **Kartonarbeiterrinnen** u. Lehr-
mädchen verlangt. Hafn, Wallstr. 17.
10 **Antifälscher** auf Alford gesucht,
geschliffenes und gehobenes Holz an
Bank f. Fenster 10 M. Fritz Siegmund.
Bf. (Ostpreußen) Hauptstr. 120. [81066

Sommerfest

des
Zentralvereins der Bildhauer Deutschlands.

Der Gauverein Berlin

hat sich zur Abhaltung seines diesjährigen Sommer-Vergnügens
widerum

Die „Neue Welt“

außerlesen, welche

am Sonnabend, den 15. August,

Volks-Festes in Alt-Berlin

werden wird.

Das eigentl. zu diesem Feste von F. Stahl verfaßte Stück

„Aus dem Jahre 1550!“

spielt auf dem sogenannten alten Markt. Das Riesen-Etablissement ist

zum großen Theil in Straßen und Plätze aus dem „Alten Berlin“ umgewandelt.

Ungefähr 500 Personen, welche an der Aufführung betheiligt sind,

werden von nachmittags 4 1/2 Uhr an die Straßen und Plätze Alt-Berlins

besuchen. Die Spielleute werden ab und zu auf den einzelnen Plätzen

konzertieren. Jedoch wird dringend darum gebeten, Aufsammlungen größerer

Volksmassen thunlichst zu vermeiden, da bei der Enge der alten Straßen leicht

Gedränge entstehen könnten, welche die die Ordnung anrecht erhaltenden

Selbstbeherrschung zwingen würden, von den ihnen eigens zu diesem Zweck ver-

abfolgten Gummischläuchen Gebrauch zu machen. Um möglichst zeitgemäß zu

erscheinen, hat sich das unterzeichnete Komitee bemüht gesehen, die Aus-

stellung Kairo ebenfalls zu importieren. Was dort zu sehen und zu hören,

bleibt vorläufig unser Geheimnis. Jedoch sei soviel verrathen, daß es unserm

Unfals gelungen ist, seine Kapelle durch einige echte Kairo-Spielleute zu ver-

stärken, so daß ein in dieser Gattung wohl noch selten gebörtes Konzert in Aussicht

steht, bei welchem obenein noch einige „echte Harem-Damen“ Wein, Bier und

Kaffee kredenzen werden. Das unterzeichnete Komitee hat jedoch beschlossen,

Pastriechen nur in beschränkter Anzahl drucken zu lassen, daher verhehe sich

ein Jeder rechtzeitig damit.

Pastriechen sind zu haben beim Kollegen **Kubbert**, Gitschinerstr. 4.

Hof r. 4 Tr., beim Kollegen **Koswig**, Nanteuffelstr. 28, v. 4 Tr., und

Amnenstr. 16 im Vereinslokal.

Eintrittspreis 30 Pf. Vorher gelöste Billets haben Giltigkeit.

Das Vergnügungs-Komitee:

294/10

NB. Die auf heute, Donnerstag, angeetzte Probe findet morgen,

Freitag, abends 8 Uhr, in der Neuen Welt statt.

Brauerei Stralen.

Sonntag, den 30. August 1896:

Lassalle-Feier

arrangiert von den Genossen der Ortskassen:

Hummelsburg, Stralen, Friedrihsberg u. Friedrichsfelde

unter gütiger Mitwirkung der örtlichen Gesangsvereine.

Großes Konzert

ausgeführt von Mitgliedern der Zivil-Berufsmusiker unter Leitung des

Dirigenten **Schonerer**.

Auftreten der Volkshumoristen **Fischer und Michel**.

Theater-Vorstellung.

Brillant-Feuerwerk, ausgeführt vom Kunstfeuerwerker **Derri Sokk**.

Große Fackel-Volouais, jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.

Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet.

Im Saale: **Grosser Tanz**,

Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Kasseneröffnung 2 Uhr. Anfang des Konzerts 4 Uhr.

Billets 25 Pf. Programm gratis.

Billets sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

Das Comité.

224/7*

Verband aller im Handels- und Transport-

Gewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter.

Sonntag, den 16. August:

Familien-Partie

nach „Strand-Restaurant“ am Müggelsee.

Treffpunkt 9 Uhr vormittags in Schulze's Lokal, Friedrichshagen,

Friedrichstr. 185 an der Fähre. Ueberrahrt 10 Uhr (Preis 5 Pf.)

Um 2 Uhr: Kaffeebraten. Um 4 Uhr: Besichtigung des Müggelthurnes.

Zugleich machen wir auf die von uns arrangierte Urania-Vorstellung

am 18. September aufmerksam. Billets à 50 Pf. hierzu sind im Bureau,

Kommandantenstr. 25, I., zu haben. 244/8

Um zahlreiche Betheiligung ersucht **Der Vorstand.**

Achtung! Vereine. Achtung!

Unterzeichneter Verein giebt bekannt, daß in den Etablissements

Neue Welt (Hasenhaide) und Schweizer Garten (Am

Königsthor)

keine Mitglieder von uns spielen. 279/14

Der Vorstand

der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker.

Preisaufrage!



(Werth 40 Mark) erhält gratis, wer die beste Reclam-Idee oder Dichtung für die überal aufstellbare **Bade-**

wanne mit abnehmbarer Schenkell bis 30. August einreicht an

J. Sandmann,

Dragonerstr. 14, Berlin C. 216

1143M

Hackescher Markt 4 **J. Brünn** Am Stadtbahnhof

(Ecke Neue Promenade)

Nach beendeter Saison gelangen nunmehr zum

Ausverkauf:

Teppiche! Gardinen! Steppdecken!

Fertige Wäsche! Feinwaaren!

zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen. 5599L*

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Mag. Dabing in Berlin.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mittheilung, daß meine liebe Frau

Veronica Klüber

geb. Rehmenklau

am 11. August früh 5 1/2 Uhr nach kurzer aber schwerer Krankheit verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, Nachmittag 5 Uhr vom Sterbehause, Straußenerstraße 29 aus nach dem Friedhof der Elisabeth-Gemeinde, Pringeln-Allee, statt. [31126] **Theodor Klüber.**

Am Montag Vormittag 11 1/2 Uhr starb nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Sohn und Bruder, der Zeitungsgespediteur 5681b

Emil Pirsing

im blühenden Alter von 26 Jahren. Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. August nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des Sophienkirchhofes, Freiwalderstraße, aus statt. Die trauernde Mutter und Geschwister.

Sanktagung. 3116b

Für die liebevolle Theilnahme bei der Beerdigung unseres guten Sohnes und Bruders **Alfons Doring** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten und dem Verein vom Künstlerbein unseren innigsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen.

Zu kaufen gesucht

zu guten Preisen: ältere sozialistische Bücher und Broschüren (von Weitling, Lassalle, Marx, Engels u. a.) sowie Zeitschriften (Neue Zeit, Nordstern, Volksstaat, Vorboten, Sozialdemokrat, Zukunft u. a.) Auch einzelne Hefte u. Nummern. **S. Calvary & Co., Berlin NW.,** Luisenstr. 31. 5551L*

Möbel-Verkauf

des Möbelspeichers Rosenthaler Straße 13. Wegen beschleunigter Vergrößerung meiner Räumlichkeiten verkaufe ich mein Waarenlager zu noch nie dagewesenen Preisen. Zum Umzug und für Brautleute ist somit die einzig reelle Gelegenheit gegeben, Ausstattungen, sowie einzelne Stücke gebogen und billig einzukaufen. Man lasse sich nicht durch unwürdige Anpreisungen blenden, sondern besichtige sich die Möbel, welche man kaufen will, genau und vergleiche dieselben mit meinen nur gebogenen Möbeln und anerkannt billigsten Preisen. Verkauf ganze Einrichtungen, sowie einzelne Stücke ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbelhändler. Auch größtes Lager gebrauchter und verlebener gewisser Möbel zu niedrigsten Spottpreisen: Kleiderstühle 15 Mark, Nähbaumstühle 20, Kleiderstühle 25, Kommode 2, Regal 16, Kleiderstühle 16, Kommode 16, Kleiderstühle 16, Stühle 2, Nähbaumstühle mit Stufe 2, Nähbaumstühle 20, neue, hochfeine Nähbaumstühle 100 Mark, hochfeine Nähbaum- und Mahagoni-Möbel (Kleiderstühle, auch jede Art Ausstattungen auf Bestellung, kein Abschlagsgeld). Eigene Lagerwerkstätten, vier große Möbelspeicher. Gefauste Möbel können kostenfrei auf meinen Speichern 2 Monate stehen bleiben und werden dann durch eigene Gespanne sauber transportiert und aufgelieft, auch nach außerhalb.

Sonnabend: Resterverkauf

Beachtenswerth für Schneider

[5568L*]

Aug.-Dalethof
Brenner & Cie.
Alte Jakobstr. 57/59.
Jedes Waar in Eurospreisen.

Deutscher Vortier.

Deffert u. Malzfruchtbier 1. Ranges. Brauerei Burghalter, Potsdam, gegr. 1736, bes. f. Blutarme, Kräfte-, Fleisch-, Wöchn-, Kollon-, u. d. leicht bekömmlich, nahrh. kräftigste Bier. — In blutbild., besch. bef. Gesichtsfarbe u. Gewichtszun. überrasch. 14 Pf. drei, 50 Pf. zehn Mk. exkl. in Geb. (1/4, 1/8, 1/16) 3. Selbstst. wesentlich billiger. Allein-Verhandl. f. Berlin u. Prov.: Portierkellerei **Ringler, Berlin,** Rennstr. 152. Nicht Flaschenzahl! Qualität entscheidet!



Parteigenossen Berlins!

242/15*

Donnerstag, den 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Feen-Palast:

Sozialdemokratische

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung der Delegirten vom Internationalen Sozialisten-Kongress. 2. Diskussion. Um zahlreichen Besuch ersucht **Der Vertrauensmann.**

Deffentl. Schuhmacher-Versammlung

Donnerstag, den 13. August, abends 8 Uhr,

im Lokale des Herrn Rautenberg, Oranienstrasse 180.

Tages-Ordnung:

1. Der Streik in der **Mau ff**'schen Schuhfabrik. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. **Der Einberufer.** 170/15

Achtung! Steinarbeiter Achtung!

Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 16. August, vormittags punct 10 Uhr, im Englischen Garten (Hoffmann), Alexanderstrasse 27c:

Grosse Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom internationalen Kongress. Berichterstatte Kollege **Ph. Thomas**. 2. Wahl eines Ortsstatthalters. 3. Gewerkschaftliches. In anbetragt der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Die Platzretreter, welche Marken brauchen, oder die Kollegen, welche das Organisationsbuch in Ordnung bringen wollen, werden ersucht, früh zu erscheinen, damit alles vor der Versammlung geregelt werden kann. **Der Vertrauensmann.** 207/18

Maurer.

Freitag, den 14. August, abends 8 1/2 Uhr, im grossen Saale der Berliner Bock-Brauerei (Tempelhofer Berg):

Große öffentliche Versammlung

der Maurer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Untersuchungskommission der Sache **Silberschmidt**. 2. Situationsbericht über unsere jetzige Lohnbewegung. 3. Wann erreicht das Abstempeln der Streikkarten sein Ende? 4. Die Reise-Unterstützung und an wen ist dieselbe auszugeben? Um zahlreichen Besuch ersucht **Die Lohnkommission der Maurer.** 151/17

Louisenstädtisches Klubhaus, Annenstr. 16.

Sonntag, den 16. August 1896, nachmittags 5 Uhr: 5680 L

Eröffnung der Ballaison.

Zu zahlreichen Besuch ladet ergeben ein

H. Grosse.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW., Bouthstr. 2.

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Die Gewerkschaften

und

die Sozialdemokratie.

Kritischer Bericht über die Lage und die nächsten Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung. Von **Parvus**.

68 groß 8^o Seiten. Preis 40 Pf. Porto 5 Pf.

Diese Broschüre, welche in umfassender und klarer Darstellung die neueste Phase der wirtschaftlichen Entwicklung und die daraus für die deutschen Gewerkschaften und die Sozialdemokratie erwachsenden neuen Aufgaben unterzucht, dürfte für alle Parteigenossen von größtem Interesse sein. 234/14

Achtung! Achtung!

Künstl. Zähne v. 8 M. an. Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervödten bei Bestellung umsonst. **Gudiel, Vaufigerplatz 2, Elsfasserstr. 12**

Ein grosser Posten

Steppdecken

echt Wollatlas (reine Wolle). Grösse 150 x 200, Stck. 7,50 M.

ca. 1000 Stück schwere buntfarbige **Normal-Schlafdecken**

in reizenden Jacquard-Mustern. Grösse 150 x 200 cm. 4,50 M.

per Stück

Meine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franko.

Steppdecken-Fabrik **Emil Lefèvre,**

Berlin S., Oranienstr. 158.

Künstl. Zähne.

H. Steffens, Rosenhallerstr. 61, 2 Tr. Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Aufent! Darne hiermit jeden, meiner Frau **Agnes Schmolke** geb. Müller etwas zu borgen, da ich für nichts auskomme. **Franz Schmolke.**

Möbel-Kaufgelegenheit,

passendste Gelegenheit für Brautleute, Eisenaustrasse 15, portiere, in der Möbelfabrik sollen ca. 200 komplette Wohnungs-Einrichtungen, verleben gewesene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Theilzahlung gestattet. Soeben ohne Anzahlung. Gefenbers billig sind die an Herrschaften kurze Zeit verleben gemessene Möbel. Kleiderstühle 16, Küchenstühle, Komode 12, Bettstelle mit Matratze 18, Nähbaum-Kleiderstühle 20 Mark, Kuchel-Kleiderstühle und Vertikow 22, französische Kuchelbettstellen mit Matratze 45, Säulen-Kleiderstühle 40 Mark. Trümeaug mit Stufe 20, Nähbaumstühle 20 Mark, neue, hochfeine Garnituren 100 Mark. Kuffel, Contifentische, Paneelsofahs mit Sattelstufen und Plüschfassung in allen Farben, Rosen- und Herzensförmliche. Gefauste Möbel werden unentgeltlich 2 Monate auf meinen Kaufbewahrungsspeichern aufbewahrt, durch eigene Gespanne transportiert und aufgelieft. 4331L*

Ausschn. nur noch kurze Zeit.

Gratis

erhält Inhaber dieser Annonce (welcher meine Wäber noch nicht versucht) zur Probe ein 5499*

Loh-Tanninbad,

sicherste Heilung bei allen Haut-, Blut- u. Frauenkrankheiten, Folgen v. Quecksilberkur, Magen-, Nerven-, Nieren- und Blasenleiden, bewährt gegen **Gicht** und **Rheumatismus**.

Prospekte mit hundertten von Dankschreiben Geheilte gratis) und franko.

G. Münsel, Berlin,

Wallstr. 70,

Neu Cöln am Wasser 6-8,

Ansbacherstr. 19

und Pankstrasse 32.

Lohbäder für Frankenkassen.

Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die Gewinnliste der preussischen Lotterie vom gestrigen Tage bei.